Nr. 194 • Einzelpreis 10 Pfennig

Mittwoch, 20. August 1924

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44, Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319, Erfurt

Feigheit statt Kampf.

Berlin, 19. August. (Soz. Parl.-Dienst.)

Die Deutschnationalen stehen am entscheidenden Wendepunkt ihrer Geschichte seit dem Anfang ihrer Laufbahn in der deutschen Republik. Ihre Partei war aufgebaut auf dem ungeheuren Druck von außen, auf der Herrschaft der Gewaltpolitik, auf der Spekulation auf die durch die Gewalt von außen aufgepeitschten nationalistischen Instinkte. Je stärker die Auswegslosigkeit der deutschen Situation in den vergangenen fünf Jahren hervortrat, um so mehr wuchs die Werbekraft der Deutschnationalen. Jetzt vollzieht sich die prinzipielle Umkehr der europäischen Politik von der Methode der Gewalt zur Methode der Verständigung. Diese grundsätzliche Wendung in den internationalen Beziehungen muß mit Notwendigkeit eine grundsätzliche Wendung in der deutschen inneren Politik nach sich ziehen. Die finstere Atmosphäre in Europa, in der die Mächte der Vergangenheit neues Leben gewannen, verfliegt. Ein reinigendes Gewitter muß die finstere Atmosphäre in Deutschland reinigen. Jene dunklen Wolken der politischen Verwirrung, der Bürgerblockideen, der Schutzzollpropaganda müssen durch einen kräftigen Sturm verjagt werden.

Kampf gegen die Deutschnationalen ist die große geschichtliche Aufgabe, die die Wendung von London erfordert. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit den Mächten der Vergangenheit. Sie haben sich überlebt. Die Konjunktur, in der sie noch einmal neues Leben gewinnen konnten, ist vorüber. Das Gespenst des Vergangenen muß nun endlich gebannt werden. Ein Blick auf die Deutschnationale Partei und ihren Zustand von heute zeigt, daß diese Partei zum Absterben verurteilt ist. Der Boden wankt unter ihren Füßen. Hat jemals eine Partei in so entscheidender Situation ein solches Bild geboten, ein solches Bild der Wankelmütigkeit, der inneren Zerrissenheit, der Ratlosigkeit? Jetzt ist die Stunde da, wo gegenüber den Auswegen, die die Konferenz von London aufgezeigt hat, ihre eigenen nationalen Patente spruchreif werden müßten. Aber die Deutschnationalen haben kein Zutrauen zu ihren Patenten. Sie wagen es nicht, der Logik der Geschichte gegenüber die nationalistische Phrase für ihr Handeln maßgebend sein zu lassen.

Die verschiedenartigen Kräfte, die in der Deutschnationalen Partei nebeneinander wohnen, ziehen nun nach den verschiedensten Richtungen. Ein anderes wollen die Nurpolitiker, die beschränkten Anbeter des alten Systems, ein anderes jene Wirtschaftler, denen die nationalistische Phrase gut genug war, um den großen fünfjährigen Raubzug gegen den Staat und die Massen des Volkes zu decken, die aber nicht daran denken, um der nationalistischen Phrase halber ihre wirtschaftlichen Interessen aufzuopfern. Da stehen gegeneinander die reinen Parteipraktiker, die nur die zahlenmäßige Situation abwägen, und die zielbewußten agrarischen Interessenten, die von einer großen politischen Auseinandersetzung jetzt eine Gefährdung der Zollpläne befürchten.

Was wird diese Partei tun, was kann diese Partei tun? Sie hat es klar und bestimmt in den vier Monaten noch niemals gewußt, die seit der Veröffentlichung des Sachverständigen-Gutachtens vergangen sind. Sie hat das Gutachten bald als „das zweite Versailles", als einen „Ausfluß von Wahnsinn" wütend bekämpft, bald seine Annahme als eine unumgängliche wirtschaftliche Notwendigkeit stillschweigend zugestanden. Zwischen unbedingter Ablehnung, bedingter Annahme und unbedingter Annahme ist sie haltlos hin- und hergeschwankt. Ihre Presse sprach anders, als die verantwortlichen Parteiführer, ihre agrarischen Mitglieder anders, als die industriellen. Und heute, wo die Entscheidung unausweichlich ist, scheint es unmöglich, daß in dieser Partei zwischen den streitenden Kräften eine gemeinsame Linie gefunden wird.

Am Dienstagabend verkündete der „Berliner Lokal-Anzeiger": „Die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei ist unverändert!" Ja, sie ist unverändert, die Haltung der Deutschnationalen, unverändert zweideutig, unverändert schwankend, unverändert haltlos. Und wird der Entschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die sich bis zum Freitag entscheiden muß, klar und eindeutig sein? Wird sie die Konsequenzen aus dem ziehen, was die Deutschnationalen fünf Jahre hindurch gesagt haben? Wird er lauten: Die Deutschnationalen lehnen das Gutachten und die daraus hervorgehenden Gesetze ab und nehmen den Kampf um diese Gesetze im Volke auf, oder wird er lauten: um den Kampf zu vermeiden, werden wir für das Zustandekommen der notwendigen Zweidrittelmehrheit sorgen? In beiden Fällen wird der Entschluß nicht geboren sein aus der sachlichen Erwägung über das, was für Deutschland und seine Interessen das günstigste ist, sondern nur aus der Ueberlegung heraus, wie retten wir am besten die Deutschnationale Partei aus der Niederlage, die unvermeidlich vor uns steht?

Mit Grauen denken die Deutschnationalen daran, daß sie zum Kampf gezwungen sein könnten. Selbst wenn sie sich besinnen sollten auf die nationalistischen Agitationsphrasen, auf jene unverantwortliche rein agitatorische Haltung, die sie fünf Jahre hindurch eingenommen haben, so müssen sie doch fürchten, daß aus ihrer Haltung in den letzten Monaten heraus ihnen die Unehrlichkeit ihrer Stellung, die Unwahrhaftigkeit ihrer Argumente so grausam um die Ohren geschlagen werden, daß ihnen keine Entgegnung mehr übrig bleibt. Mit Schimpf und Hohn beladen müßten sie in den Kampf ziehen, sie müßten obendrein in den Kauf nehmen, daß jene Kreise der großen Industrie, die sie und ihre Wahlkämpfe in der Vergangenheit finanziert haben, sich diesmal von ihnen abwenden würden. Sie müßten fürchten, daß auch die Agrarier bei diesem Kampfe nicht jene Subsidien leisten würden, die sie früher geboten haben.

Je mehr aber die Deutschnationalen die entscheidende Auseinandersetzung fürchten, um so notwendiger ist es, daß sie herbeigeführt wird. Bei der Entscheidung, die jetzt gefällt werden muß, gibt es keinen Handel, kein faules Kompromiß! **Diese Entscheidung ist zugleich grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Politik der nationalistischen Agitationsphrase, der nationalistischen Irreführung des Volkes, der systematischen Sabotierung aller Versuche, Deutschland aus jener Sackgasse herauszuführen, in die wir in der Reparationsfrage geraten waren.** Damit ist dieser Kampf eine **grundsätzliche Auseinandersetzung mit jenem inneren Feind, der die Zukunft Deutschlands nicht weniger bedrohte, als die Gegner von außen. Soll eine neue Zeit der Verständigung in Europa anbrechen, so muß auch im Innern Deutschlands eine neue Zeit der Demokratie und der Freiheit eingeleitet werden.** Es ist unmöglich und unerträglich, in dieser Situation den Deutschnationalen den Kampf zu ersparen.

Die Vermeidung des offenen Kampfes, die Vermeidung der Reichstagswahl ist jetzt das Sinnen und Trachten der Deutschnationalen. Vor einem Vierteljahr fühlten sie sich als die Herren Deutschlands, als „die starke Partei, der die Zukunft gehört". Vor einem Vierteljahr glaubten sie, allen anderen Parteien und Deutschen ihren Willen aufzwingen zu können. In dem jähen Absturz von dieser Position zu jener Haltung der Ratlosigkeit und der Unentschlossenheit, des Hin- und Herpendelns zwischen der unverantwortlichen Agitationsphrase und der Furcht vor dem Volke, liegt das Urteil der Geschichte über diese Partei. Ihre Zeit ist vorüber, sie müssen niedergeworfen werden. Wenn aber diese schwankenden Gestalten, die heute noch nicht wissen, was sie wollen, zu feig sind, um den Kampf zu führen, so sollen sie ihre Grundsätze, ihre Gesinnung, ihre Agitationsphrase preisgeben und sich unterwerfen unter die Logik der Geschichte, die auch die Deutsche Volkspartei schon bezwungen hat. Sie haben nur die Wahl, im Kampfe zu unterliegen, oder zu kapitulieren und sich selbst ins Grab zu legen.

Die Länder stimmen zu.

Konferenz der Ministerpräsidenten.

Einmütig für die Annahme der Londoner Beschlüsse.

Berlin, 20. August. (Eig. Drahtbericht.)

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand am Dienstag in Berlin eine Aussprache zwischen den Führern der deutschen Delegation auf der Londoner Konferenz und den Staats- bzw. Ministerpräsidenten der Länder statt. Reichskanzler Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Reichsfinanzminister Dr. Luther erstatteten eingehenden Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen in London. Anschließend traten die Ministerpräsidenten in eine Aussprache über die durch das Londoner Ergebnis geschaffene politische Lage ein. Die Beratungen waren, wie amtlich mitgeteilt wird, getragen von dem Willen, die Ergebnisse der Londoner Konferenz, wenn sie auch hinter den gehegten Erwartungen, insbesondere hinsichtlich der militärischen Räumung des widerrechtlich besetzten Gebietes, zurückgeblieben sind, sicherzustellen. Da bei der Kürze der Zeit und der dadurch bedingten Unmöglichkeit einer ausreichenden Information die Länderregierungen noch nicht Stellung nehmen konnten, behielten sich die Ministerpräsidenten die endgültige Stellungnahme der Länderregierungen für die bevorstehenden Verhandlungen des Reichsrats über die durch das Sachverständigen-Gutachten bedingten Gesetze vor.

*

Die vorstehende amtliche Verlautbarung ist noch inhaltloser, als die bisherigen Mitteilungen der Reichsregierung über die voraufgegangenen Ministerpräsidentenkonferenzen der Länder. Wenn derartige Konferenzen schon einberufen werden und einen Sinn haben sollen, dann müssen sie wenigstens zu einem halbwegs positiven Ergebnis führen. Das aber scheint nach dem amtlichen Kommuniqué keineswegs der Fall gewesen zu sein, obwohl wir guten Grund zu der Annahme haben, daß die Reichsregierung aus den von den Ministerpräsidenten vertretenen Auffassungen der Ueberzeugung sein konnten, daß die übergroße Mehrheit der Landesregierungen gar nicht daran denkt, die Londoner Vereinbarungen abzulehnen. Das trifft, wie dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst glaubhaft versichert wird, sogar auf die württembergische Staatsregierung zu, die durch ihren Staatspräsidenten und deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Bazille vertreten war. Auch der bayerische Ministerpräsident mußte, soweit wir informiert sind, anerkennen, daß eine Ablehnung der Londoner Beschlüsse unmöglich ist. Er hat sich deshalb ausdrücklich für die Annahme ausgesprochen. Das gleiche gilt persönlich für den Vorsitzenden der thüringischen Staatsregierung. Wahrscheinlich mit Rücksicht auf die deutschvölkische Opposition hat er sich die endgültige Stellungnahme des thüringischen Staatsministeriums vorbehalten. Immerhin aber bleibt bemerkenswert, daß Herr Dr. Leutheußer trotz des Hernn Dinter von der Notwendigkeit einer schnellen Verabschiedung der Londoner Vereinbarungen sich überzeugt zeigte. Wenn Herr v. Brandenstein, der von den Deutschvölkischen geduldete Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, sich nicht ganz klar ausdrückte und seine unentschiedene Haltung mit den Vorbehalten der Deutschnationalen Partei, die bis heute nicht weiß, was sie machen soll, begründete, so ist das nicht mehr verwunderlich. Brandenstein hat bekanntlich anfänglich dem Sachverständigen-Gutachten in einer Ministerpräsidentenkonferenz zugestimmt, um dann getreu dem deutschnationalen Muster umzufallen. Aber es bleibt bemerkenswert, daß er neuerdings persönlich wieder für eine Annahme der Londoner Vereinbarungen eingetreten ist, aber nicht gewagt hat, eine endgültige Meinung zum Ausdruck zu bringen, solange nicht die Deutschnationale Partei ihre Stellungnahme zu den Ergebnissen der Londoner Konferenz festgelegt hat. So zeigt sich, daß deutschnationale Ministerpräsidenten als verantwortliche Politiker zeitweise wohl eine Meinung besitzen, aber unter dem Druck der deutschnationalen Parteiherrschaft nicht wagen, diese Meinung, wie es sich gebührt, zu vertreten.

Schließlich aber ist der Verlauf der Ministerpräsidenten-Konferenz nicht entscheidend für den Ausgang der kommenden Woche. Wir verstehen überhaupt nicht, daß die Reichsregierung noch den Rat gewisser partikularistischer Ueberbleibsel mit ihrer Geheimdiplomatie bei wichtigen Entscheidungen einholt. Für die Reichspolitik sind Reichsregierung und Reichstag verantwortlich, und nicht die Parteistreitmerzen des Herrn v. Brandenstein und des Ministerpräsidenten aus Mecklenburg-Strelitz ausschlaggebend. Unter dem Gesichtspunkte, was wird Herr von Graefe oder was wird Herr Dinter zu den Londoner Vereinbarungen sagen, fällt die endgültige Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Sachverständigengutachtens doch wahrhaftig nicht.

Parlamentarische Vorpolitengefechte.

Berlin, 20. August. (WTB.)

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei verhandelte in Anwesenheit des Reichsministers Dr. Stresemann gestern über die Ergebnisse der Londoner Konferenz. Die deutschnationale Fraktion wird morgen zu einer Sitzung zusammentreten. Die Parteiführer sind bereits in Kenntnis gesetzt worden, daß **die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung oder Hinauszögerung der Verabschiedung der drei Gutachtengesetze über den 30. August hinaus an die Wähler appellieren würde.**

Berlin, 20. August. (Eig. Radiomeldung.)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist auf Freitagvormittag einberufen worden. Vorher beschäftigt sich der Fraktionsvorstand mit den Ergebnissen der Londoner Konferenz und der dadurch entstandenen innerpolitischen Lage.

*

Die Zwillingsbrüder beim Reichskanzler. Wie die „Voss. Ztg." meldet, hat der Reichskanzler gestern abend die Führer der Deutschvölkischen und der Kommunistischen Partei zu einer **Aussprache über das Ergebnis der Londoner Verhandlungen** empfangen.

Wenn nicht unterzeichnet wird.

Eine amtliche Erklärung über die Folgen der Ablehnung.

Wolffs Telegraphen-Bureau verbreitet amtlich folgende Mitteilung:

„Wenn bis zum 30. August der Deutsche Reichstag durch Verabschiedung der sogenannten drei Gutachtengesetze die Möglichkeit der Unterzeichnung der Londoner Abmachungen durch die deutsche Regierung nicht gegeben hat, sind die in London gefaßten Beschlüsse hinfällig und alle Beteiligten haben wieder freie Hand. Hinfällig werden damit auch die von den Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens gegebenen Zusagen für die Räumung der Zone Dortmund, Hörde und der anderen aus Anlaß der Ruhroperation besetzten Sanktionsgebiete."

Die sofort zu räumenden Gebiete.

Annähernd 1600 qkm mit 900 000 Einwohnern werden sofort frei.

Die am 18. August befreiten badischen Gebiete von Offenburg und Appenweier haben einen Flächeninhalt von 122,77 Quadratkilometern. Das geräumte Gebiet umfaßt die Stadt Offenburg (16 246 Einwohner) und 17 Gemeinden mit insgesamt 33 669 Einwohnern. Von weiteren badischen Gebieten werden geräumt der Hafen und Stadtteile von Mannheim mit einer Größe von 17,3 Quadratkilometern und 13 486 Einwohnern. Außerdem werden von badischen Gebieten noch der Hafen Rheinau und Leopoldshafen geräumt. Von hessischen Gebietsteilen bei Darmstadt werden geräumt: 18 Quadratkilometer mit 3500 Einwohnern. Neben der Eisenbahnwerkstätte und der Wohnkolonie werden geräumt: der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240820 1-18/fragment/page=0001

Waldfriedhof der Stadt Darmstadt sowie die bereits gehaltenen wichtigen Verbindungsstraßen Darmstadt—Griesheim, außerdem ein Geländestreifen südlich davon bei Darmstadt.

Das infolge der Londoner Verhandlungen zu räumende preußische Gebiet umfaßt nach einer genauen Berechnung des „Berliner Tageblatt" 1492 Quadratkilometer mit 825 800 Einwohnern. Im einzelnen wird geräumt: a) Flaschenhals zwischen den Brückenköpfen Mainz und Koblenz: Flächeninhalt 388 Quadratkilometer mit 49 910 Einwohnern. b) Flaschenhals zwischen Koblenz und Köln: Flächeninhalt 481 Quadratkilometer mit 56 524 Einwohnern. c) Gebietsteile der Kreise Gummersbach, Wipperfürth, Rohwinkel usw.: 280 Quadratkilometer mit 39 582 Einwohnern. d) Stadtkreis Remscheid mit Kronenberg mit 49 Quadratkilometer und 84 761 Einwohnern. e) Hafenbesetzung Emmerich und Wesel: 1 Quadratkilometer und 5691 Einwohner. f) Stadt- und Landkreis Dortmund: 288 Quadratkilometer und 481 981 Einwohner. g) Stadt- und Landkreis Hörde: 39 Quadratkilometer und 107 451 Einwohner.

Insgesamt umfaßt das bereits geräumte und das zunächst zu räumende Gebiet einen Flächeninhalt, der an Größe das Saargebiet übertrifft. Insgesamt wird durch die sofort nach Unterzeichnung des Londoner Abkommens zu sich gehende Räumung eine Bevölkerung von annähernd einer Million Menschen von dem fremden militärischen Druck befreit.

Das deutschnationale Durcheinander.

Nirgends ein Loch zum Entschlüpfen.

Berlin, 20. August. (Eig. Radiomeldung.)

Mit allen Mitteln versuchen die deutschnationalen Parteiführer einen Ausweg zu finden, der die Annahme der Londoner Regelung unter irgendeinem erträglichen Vorwand gestattet. Die „Deutsche Zeitung" wirft ihre Hoffnung auf die am Dienstag stattgehabte Konferenz der Ministerpräsidenten. In Mitteldeutschland, Pommern, Schlesien und Ostpreußen verlangen die schwarzweißroten Vaterlandsfreunde dem Blatte zufolge die restlose Ablehnung des „zweiten Versailles" und den entschiedenen Kampf gegen die geplante „internationale Versklavung" des deutschen Volkes. Neuerdings hat sich auch die „Deutsche Tageszeitung" wieder ausgerafft, um anscheinend die auf 24 Stunden aufgegebene Politik der Ablehnung wieder zu propagieren. Heute veröffentlicht sie einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Wir Deutschland versklavt werden soll." Außerdem sagt sie anläßlich der Veröffentlichungen über die Industriebelastung, daß damit die „internationale Herrschaft über das deutsche Wirtschaftsleben aufgerichtet wird". Morgen wird sich die deutschnationale Reichstagsfraktion mit der „internationalen Herrschaft" und der „internationalen Versklavung" beschäftigen.

Erklärungen Herriots über London.

Vor der Interpellationsdebatte in Kammer und Senat.

Paris, 20. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der französische Ministerrat hat am Dienstag die Grundlinien der ministeriellen Erklärung festgelegt, die Herriot am Donnerstagnachmittag in beiden Häusern des Parlaments über das Ergebnis der Londoner Konferenz abgeben wird. Der endgültige Wortlaut soll in einem neuen Ministerrat am Donnerstagvormittag festgelegt werden. In der Kammer sind bisher zehn Interpellationen eingebracht, davon drei von sozialistischer und zwei von radikalsozialer Seite. Trotzdem hofft man, die Debatte gegebenenfalls in einer Nachtsitzung am Freitag zu Ende führen zu können.

Im Senat, wo bisher keine Interpellation vorliegt, wo jedoch, wie bereits gemeldet, aller Voraussicht nach Poincaré das Wort ergreifen wird, dürfte, wie allgemein angenommen wird, die Diskussion kaum mehr als eine Sitzung in Anspruch nehmen. So wird wahrscheinlich noch am Sonnabendnachmittag in beiden Häusern das Schlußdekret verlesen und die Session bis Mitte Oktober vertagt werden können.

Die Kommunisten haben angekündigt, daß ihr Abgeordneter Marti den Antrag stellen wird, die Session nicht eher zu schließen, bis der Senat das Amnestiegesetz verabschiedet habe. Es handelt sich dabei um ein reines kommunistisches Manöver, da die Regierung auf Grund der erhaltenen Vollmachten bereits vor einer Woche die Anordnung gegeben hat, alle unter das Amnestiegesetz fallenden Verurteilten aus den Gefängnissen zu entlassen. Diese Maßnahme ist augenblicklich in der Durchführung begriffen.

Dawes über sein Werk.

Rettung aus Chaos und Elend.

Neuyork, 20. August. (Eig. Radiomeldung.)

Der Vorsitzende des Sachverständigenkomitees, General Dawes, hielt gestern aus Anlaß der amerikanischen Präsidentschaftswahlen eine Rede, in der er sich u. a. mit dem Sachverständigengutachten beschäftigte. Er erklärte, mit der Durchführung des Sachverständigenplanes gehe Frankreich, England, Deutschland, Italien und ganz Europa einem neuen wichtigen Abschnitt entgegen. Die Vereinigten Staaten würden aus der Tiefe einer unvermeidlichen und großen Depression von Industrie und Landwirtschaft geretet, die zum Chaos und Elend in Europa geführt haben würde. Die ganze Welt trete in eine Periode des Friedens und der Wohlfahrt ein.

Neue Konferenzen.

Die Rüstungsbeschränkungen, Mac Donalds nächstliegendes Problem.

London, 20. August. (Eig. Drahtbericht.)

Während des Urlaubes, den Mac Donald gegenwärtig in Schottland verbringt, widmet er sich den Vorbereitungen für die Völkerbundsversammlung im September. An dieser Versammlung werden wahrscheinlich alle Premierminister der europäischen Alliierten teilnehmen. Mac Donald wird am 4. September nach Genf reisen und dort einen bedeutsamen Vorschlag über die Rüstungsbeschränkungen machen. Nach ihm, so heißt es, wird Herriot ebenfalls eine bedeutsame Erklärung abgeben. Ueber den Inhalt dieser Erklärung ist noch nichts Genaues zu ermitteln. Es ist allgemein bekannt, daß nach Ansicht Mac Donalds jetzt nach der Annahme des Dawes-Planes die Frage der Abrüstung das nächstliegende große Problem ist, das er unter der Mithilfe Amerikas zu lösen beabsichtigt.

Demnächst werden die Finanzminister der alliierten Länder gemeinsam mit einem Vertreter der Amerikaner in Paris eine Konferenz abhalten, um eine Verteilungsschlüssel für die von Deutschland nach dem Dawes-Plan zu leistenden Zahlungen aufzustellen. Kurze Zeit später wird eine interalliierte Konferenz erwartet, die sich mit der sehr schwierigen, aber dringlichen Frage der interalliierten Schulden unter Teilnahme Amerikas beschäftigen soll.

Genosse Blum, Botschafter in London.

Paris, 20. August. (Eig. Radiomeldung.)

„Echo de Paris" teilt mit, daß Herriot für die nächste Zeit umfangreiche Personalveränderungen auf den wichtigsten diplomatischen Posten vorzunehmen beabsichtige. Als Nachfolger des bereits unter Poincaré abberufenen Botschafters in Spanien soll der seinergeit von Clémenceau entsetzte und seit dem 11. Mai rehabilitierte ehemalige Innenminister Malvy, für den Botschafterposten in London der sozialistische Abgeordnete Leon Blum in Aussicht genommen sein.

Der Pakt von London.

Auszug aus dem Abkommen zwischen Deutschland und den Alliierten.

Die deutsche Reichsregierung hat am Dienstag den Pakt von London veröffentlicht. Die erste Anlage enthält das Abkommen der deutschen Regierung mit der Reparationskommission, in dem sich Deutschland verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen und Gesetze bzw. Verordnungen zu erlassen, um die Jahresleistungen aus dem Sachverständigenplan sicherzustellen. Die Reparationskommission verpflichtet sich ihrerseits, den Plan der Sachverständigen in Wirksamkeit zu setzen und sein dauerndes Funktionieren zu sichern.

Die Anlage 1

enthält als Unteranlage das Protokoll über die Zahlungen aus dem deutschen Reichshaushalt. Sie betragen im dritten Jahre der Ausführung des Planes (also im Jahre 1926/27) 110 Millionen Goldmark, im vierten Jahre 500 Millionen Goldmark, im fünften Jahre 1250 Millionen Goldmark. In diesen Zahlen ist die Beförderungssteuer nicht einbegriffen. / Wenn der Ertrag der gesamten kontrollierten Einnahmequellen im dritten Jahre 1 Milliarde oder im vierten 1¼ Milliarde übersteigt, so sollen die Leistungen aus dem Haushalt jeweils um ⅓ dieses Ueberschusses, jedoch um nicht mehr als um 250 Millionen erhöht werden. Wenn umgekehrt diese Gesamteinkünfte im dritten Jahre 1 Milliarde oder im vierten Jahre 1¼ Milliarde nicht erreichen, so sollen die Leistungen aus dem Haushalt jeweils um ⅓ des Fehlbetrages, jedoch nicht um 250 Millionen vermindert werden.

Kapitel 2 enthält die zusätzlichen Zahlungen aus dem Haushalte. Vom sechsten Jahre der Ausführung des Planes der Sachverständigen (im Jahre 1929/30) soll eine Erhöhung der im Normalsatze vorgesehenen Leistung aus dem Haushalt entsprechend dem Wohlstandsindex eintreten, der aus folgenden Komponenten resultiert: Der Gesamtsumme der deutschen Ein- und Ausfuhr, der Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts usw., der im Eisenbahnverkehr beförderten Gütermenge nach Gewicht, dem Gesamtgeldvert des Verbrauchs an Zucker, Tabak, Bier und Branntwein (berechnet nach dem vom Verbraucher tatsächlich bezahlten Preise) der Gesamtbevölkerung, dem Verbrauch von Steinkohlen und Braunkohlen.

Das Komitee hat zur Berechnung des Index das Recht, das statistische Material zu prüfen. Wenn sich die Mitglieder dieses Komitees über diese Frage nicht einigen können, soll die Finanzabteilung des Völkerbundes einen Obmann ernennen. Dieser muß auf Antrag der deutschen Regierung einem anderen Lande als Deutschland und den in der Reparationskommission vertretenen Ländern angehören. Alle Streitigkeiten über die Statistiken werden unter Anwendung des gleichen Verfahrens entschieden.

Die deutsche Regierung, die Reparationskommission und die in der Reparationskommission vertretenen Regierungen können jede für sich vom Jahre 1928 an in jedem künftigen Jahre eine Abänderung der deutschen Verpflichtungen verlangen mit der Begründung, daß sich die allgemeine Kaufkraft des Geldes im Vergleich zu 1928 um mindestens 10 Prozent verändert hat.

Kapitel 3 enthält Anfichtsbestimmungen über die verpfändeten Einnahmen. Die deutsche Regierung verpfändet die Erträge aus den Zöllen und den Abgaben auf Branntwein, Tabak, Bier, Zucker und unterwirft sich einer Aufsicht, die einem Kommissar übertragen wird, dessen Erfahrung und Tüchtigkeit auf diesem Gebiete allgemein anerkannt ist. Er wird von der Reparationskommission ernannt und ist dieser verantwortlich. Die deutschen Dienststellen werden die verpfändeten Einnahmen an den Kommissar abführen, und zwar spätestens am 20. eines jeden Monats. In den amtlichen monatlichen Veröffentlichungen über die Einnahmen aus den Reichssteuern dürfen die verpfändeten Einnahmen nur gesondert aufgeführt werden.

Im ersten und zweiten Jahre, d. i. bis zum Jahre 1926, wird der Kommissar die auf sein Konto eingezahlten Beträge sofort wieder dem Reiche zur Verfügung stellen, sobald sämtliche Einnahmen aus den kontrollierten Einnahmequellen abgeführt worden sind. Vom dritten Jahre an behält der Kommissar von jeder monatlichen Zahlung soviel zurück als nötig ist, um ein Zehntel der jeweils fälligen jährlichen Verpflichtungen aus dem deutschen Reichshaushalt zu decken. Die Beträge, die darüber hinausgehen, wird der Kommissar spätestens in einer Woche der deutschen Regierung zurückerstatten, wenn der zu bildende Reservefonds 100 Millionen Mark überschreitet. Der Kommissar ist verpflichtet, den Reservefonds unter Berücksichtigung der für ihn notwendigen Bewegungsfreiheit bestmöglichst anzulegen. Die auflaufenden Zinsen fließen dem Reservefonds zu und sind der deutschen Regierung zu überweisen, sobald der Reservefonds 100 Millionen Goldmark erreicht hat.

Sollten die Zinsen und Tilgungsbeträge für die Eisenbahn- und Industrieobligationen nicht rechtzeitig oder nicht in voller Höhe gezahlt werden, so wird der Kommissar auf den Reservefonds zurückgreifen und, soweit der Fehlbetrag aus dem Reservefonds gedeckt werden kann, die Beträge, die an die deutsche Regierung zurückzuzahlen sind, bis zu dem Betrag einhalten, der ausreicht, die Zahlungen zu leisten und den Reservefonds auf seinen vorgeschriebenen Stand zu bringen.

Um die Kontrollverwaltung auszuüben, werden dem Kommissar Zusammenstellungen über die Erhebung monatlich übersandt. Daneben steht ihm die Einsicht in den Unterlagen zu, nach denen bei der Reichsrechnungsstelle die monatlichen Rechnungen über den Eingang der verpfändeten Einnahmen aufgestellt werden und nach denen bei der Reichshauptkasse die Rechnungslegung über die verpfändeten Beträge erfolgt. Dem Kommissar werden ferner die Gesetzentwürfe und Verordnungen über die betreffenden gepfändeten Einnahmen mitgeteilt, ebenso die Kunderlasse der Finanzämter usw. Der Kommissar kann jede Auskunft verlangen, die er für die Erfüllung seiner Aufgabe für nützlich hält. Um sich diese Auskunft zu verschaffen, kann er auch die Dienststellen der Provinzial- und Lokalverwaltungen, sowie die der Steueraufsicht unterliegenden Betriebe besuchen und bei den Dienststellen auch Einsicht in die Bücher und Belege über die verpfändeten Einnahmen nehmen. Zu diesem Zwecke kann er auch Vertreter und Sachverständige entsenden.

Die Rechte des Kommissars erweitern sich, wenn die Beträge nicht wie bestimmt eingehen. Er kann dann dem Reichsminister der Finanzen vorschlagen, von dem ihm in den Gesetzen gegebenen Ermächtigungen weitergehenden und schärfsten Gebrauch zu machen, um die Einnahmen aus den verpfändeten Einnahmequellen zu erhöhen. Der Kommissar soll bei seinen Vorschlägen auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse, insbesondere in bezug auf die Ausfuhr jede Rücksicht nehmen, die sich mit den steuerlichen Notwendigkeiten verträgt. Die erweiterten Rechte des Reichsfinanzministers erlöschen, wenn die Voraussetzungen für ihren Eintritt fortgefallen sind und dieser neue Zustand drei Monate angedauert hat. Wenn andererseits die Einnahmen aus den alten und neuen verpfändeten Steuern zusammen so zurückgehen, daß in drei aufeinander folgenden Monaten insgesamt nicht mindestens ein Betrag abgeliefert werden kann, der ausreicht, um drei Zehntel der völligen jährlichen Haushaltsverpflichtungen zu decken, so hat der Kommissar das Recht, die Durchführung solcher Maßnahmen zu verlangen, die nach seiner Ansicht nötig und geeignet sind, Aenderungen zu schaffen. Diese sollen fortfallen, wenn während vier aufeinanderfolgenden Monaten die verpfändeten Einnahmen monatlich mindestens ein Zehntel der jeweils fälligen jährlichen Haushaltsverpflichtungen ergeben haben und der Reichsfinanzminister bzw. der Kommissar sie nicht mehr für nötig halten. Werden diese Maßnahmen nicht in Kraft gesetzt oder führen sie nicht zu dem beabsichtigten Ergebnis, so kann der Kommissar nach Benehmen mit dem Agenten der Reparationszahlung fordern, daß eine Aenderung der Organisation bei diesen Einnahmequellen in der Art eintritt, daß Steuerzweige selbständig und unabhängig vom Staat verwaltet werden. Eine solche Organisationsänderung kann aber, falls der Reichsfinanzminister das verlangt, erst dann eintreten, wenn der Schiedsrichter entschieden hat.

Die Sätze der verpfändeten Abgabe aus Branntwein, Tabak, Bier und Zucker sollen von der deutschen Regierung ohne die Einwilligung des Kommissars nicht herabgesetzt werden. Der Kommissar selbst wird sich jeder Einmischung in die Kollaborpolitik der Regierung enthalten. Alle Ausgaben des Kommissars usw. sind aus den festgesetzten jährlichen Leistungen Deutschlands zu decken. Sie dürfen diese Leistungen nicht erhöhen. Ueber Meinungsverschiedenheit zwischen Kommissar und Reichsregierung bzw. Auslegung dieses Protokolls entscheidet ein vom jeweiligen Präsidenten des Internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag zu ernennender Schiedsrichter, der keinem der beteiligten Länder angehören darf.

Anlage 2

enthält die Einzelheiten für die Erledigung von Meinungsverschiedenheiten, wonach sämtliche Streitigkeiten zwischen der Reparationskommission und Deutschland bezüglich der Auslegung des abgeschlossenen Abkommens oder des Planes der Sachverständigen usw. der Entscheidung von drei Schiedsrichtern unterliegen, die auf fünf Jahre ernannt werden. Vor Abgabe einer Entscheidung kann der Obmann alle Maßnahmen treffen, um eine Unterbrechung der regelmäßigen Funktion des Planes zu vermeiden und die Rechte der Verteilung zu schützen. Vorbehaltlich jeder gegenteiligen Entscheidung der Schiedsrichter soll das Verfahren durch die Bestimmungen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 über die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten geregelt werden.

Bestimmung 3 besagt, daß das Uebertragungskomitee frei ist in der Verwendung der zu seiner Verfügung stehenden Mittel. Für die Bezahlung von allen Sach- und Dienstleistungen auf gewöhnlicher geschäftlicher Grundlage, so weit diese in den nach Beratung mit dem Uebertragungskomitee oder von der Schiedskommission aufgestellten Programme vorgesehen sind, mit Einschluß insbesondere von Kohle, Koks und allen anderen im Versailler Vertrag besonders aufgeführten Gegenständen, auch nach Erfüllung der Verpflichtungen, die der Vertrag hinsichtlich dieser Gegenstände enthält. Die Aufstellung dieser Programme aber soll erfolgen unter Berücksichtigung der Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, der Lage seiner Rohstoffversorgung und der notwendigen inneren Bedürfnisse zur Aufrechterhaltung seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens, sowie unter Berücksichtigung der im Sachverständigenbericht festgesetzten Begrenzung. Sie wird die Durchführung der Programme auf dem Wege von geschäftlichen Verträgen, die unter gewöhnlichen geschäftlichen Bedingungen abgeschlossen sind, erleichtern und nicht dulden, daß Leistungen unter gewöhnlichen geschäftlichen Bedingungen zu erhalten sind.

Die alliierten Regierungen verpflichten sich ihrerseits, soweit als möglich die Wiederaufnahme der von Deutschland erhaltenen Lieferungen zu verhindern. Es sei denn, daß sie in Uebereinstimmung mit den Vorschriften des Sachverständigenberichts erfolgt. Mangels einer Einigung über die Programme sollen die Programme von einer Schiedskommission aufgestellt werden, deren Mitglieder zu gleichen Teilen von der Reparationskommission, der deutschen Regierung und dem internationalen Gerichtshof im Haag zu bestellen sind. Diese Kommission hat die Produktionsmöglichkeiten zu berücksichtigen. Sie soll dabei nicht über die Grenze hinausgehen, die von dem Uebertragungskomitee zur Aufrechterhaltung der deutschen Währung festgesetzt wird. Der Entscheid der Kommission ist endgültig. Wenn eine alliierte Regierung der Meinung ist, infolge von Maßnahmen der deutschen Regierung usw. nicht in der Lage zu sein, geschäftliche Lieferungsverträge abzuschließen, so kann sie sich an die Schiedskommission wenden. Diese soll nach Anhörung der Parteien, nach Billigkeit usw. entscheiden. Falls die Schiedskommission die Frage im Sinne des Antragstellers entscheidet, so soll sie die deutsche Regierung ersuchen, die Lieferung der von ihr zu bestimmenden Mengen unter den von ihr festzustellenden Bedingungen, insbesondere hinsichtlich der Preise sicherzustellen. Etwaige Meinungsverschiedenheiten über den Schiedsspruch sollen der Schiedskommission zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Durch keine der Bestimmungen dieses Abkommens werden in irgendwelcher Weise die im Bericht der Sachverständigen festgelegten Rechte des Uebertragungskomitees berührt.

Die nächste Bestimmung regelt die Einrichtung eines weiteren Sonderkomitees von nicht mehr als 6 Mitgliedern, das aus einer gleichen Anzahl von alliierten und deutschen Mitgliedern besteht und im Falle von Meinungsverschiedenheiten um ein weiteres Mitglied neutraler Staatsangehörigkeit zu erweitern ist. Das Komitee hat die Aufgabe, Verfahren für die Erteilung von Aufträgen und die Bedingungen für die Ausführung von Sachlieferungen festzusetzen, die besten Mittel zu prüfen, um die Verpflichtungen der deutschen Regierung wirksam zu machen und die Vorschriften des Sachverständigenberichtes hinsichtlich der Beschränkung der Lieferungen auf solche, die nicht die deutsche Wirtschaft zu schädigen geeignet sind, zur Anwendung zu bringen. Maßnahmen zu empfehlen, die gegen solche Personen zu ergreifen sind, die das Verbot der Wiederaufnahme verletzen. Artikel 4, 5 und 6 regeln weiter die Verfahren der Meinungsverschiedenheiten aus den Sachlieferungen.

Die Anlage 3

enthält das Abkommen zwischen den alliierten Regierungen und Deutschland. Artikel 1 besagt, daß Verträge abgeschlossen worden sind, welche die Zeichnung der 800 Millionen Goldmark Anleihe sicherstellen, sobald der Plan in Gang gesetzt ist. Weiter regelt Artikel 1 die Beseitigung aller Beschränkungen der deutschen fiskalischen und wirtschaftlichen Gesetzgebung seit dem 11. Januar 1923, die Rückgabe der Bergwerke usw., Zurückziehung der besonderen Stellen zur Ausbeutung der Pfänder usw., Aufhebung der Beschränkungen des Personen-, Güter- und Wagenverkehrs vorbehaltlich der Bestimmungen des Rheinlandabkommens. Die alliierten Regierungen verpflichten sich, die interalliierte Rheinlandkommission zu veranlassen, eine Berichtigung der von dieser Kommission seit dem 11. Januar 1923 erlassenen Verordnungen vorzunehmen.

Artikel 3 besagt, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um den Sachverständigenplan nicht später als am 5. Oktober 1924 in vollen Gang zu setzen. Die französische und die belgische Regierung verpflichten sich weiter, innerhalb 14 Tagen nach dem Zeitpunkt der zweiten Feststellung, d. h. zum 5. Oktober 1924, das für die Wiederherstellung der fiskalischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands aufgestellte Programm durchzuführen. Acht Tage nach der ersten Feststellung, d. h. am 23. August 1924, wird die Erhebung von Abgaben an der östlichen Zollgrenze, d. h. an der Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland aufhören. Zwanzig Tage nach der ersten Feststellung, am 3. September, und wenn möglich früher, werden die alliierten Behörden so weit wie möglich die Hemmungen des Personen-, Güterwagenverkehrs seit dem 11. Januar 1923 einschränken, besonders zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland. In der gleichen Zeit werden die Franzosen und die belgische Regierung die östliche Zollgrenze beseitigen.

*

Paris, 20. August. (Radiomeldung.)

Nach dem „Petit Parisien" findet gegenwärtig ein Meinungsaustausch zwischen den alliierten Regierungen über die Zusammensetzung der auf Grund des Dawes-Sachverständigenguachtens zu ernennenden Komitees und Kontrollorgane statt. Als Vertreter Frankreichs sollen in Aussicht genommen sein: Für den Aufsichtsrat der Reichsbank der ehemalige Unterstaatssekretär im Finanzministerium und gegenwärtige Bankdirektor Sergeant, für das Transferkomitee der ehemalige Ministerialdirektor Parmentier und für die Kommission zur Kontrolle der Eisenbahnen der Ingenieur Lefebre, der auch am Sachverständigen-Gutachten mitgewirkt hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240820 1-18/fragment/page=0002

Eine bedeutsame Deutschlandreise.

Hamburg, 20. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Der zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko gewählte General Plutarco Elias Calles hat vor seinem Amtsantritt eine Reise nach Europa angetreten, um sich vor allem über deutsche Verhältnisse zu orientieren. Er ist am Dienstagnachmittag in Kuxhaven eingetroffen. Die offizielle Begrüßung des Präsidenten erfolgte durch den Vertreter des Hamburger Senats, Dr. Schramm. Als Vertreter des Auswärtigen Amtes richtete Gesandtschaftsrat Freiherr v. Schoen einige Begrüßungsworte an den Präsidenten.

*

Die große Bedeutung, die man in Mexiko dieser Deutschlandreise des zukünftigen Präsidenten beimißt, geht aus einem Schreiben hervor, das der Verband deutscher Reichsangehöriger in Mexiko an die Geschäftsstelle der deutschen Handelskammern in den lateinamerikanischen Ländern gerichtet hat, in dem es u. a. heißt: „Herr Calles wird nach Deutschland reisen, um besonders die dortigen sozialen Einrichtungen zu studieren, um die so gesammelten Erfahrungen alsdann hier zu verwenden. Wir möchten hierzu bemerken, daß Herr Calles in Mexiko als ein direkt schwärmerischer Verehrer alles Deutschen bekannt ist, so daß er dem Deutschtum von großem Nutzen sein kann. Herr Calles ist Sozialdemokrat . . .“

Bravo, sehr richtig!

Die Tilsiter Monarchistenparade verboten.

Am 23. und 24. August sollte in Tilsit ein sogenannter „Ostpreußentag“ abgehalten werden, der — nach der bekannten Melodie von Halle — als überparteiliche Veranstaltung **ausposaunt** worden war. Der preußische Minister des Innern, **Severing**, hat sich jedoch nicht betören lassen und für diese unangebrachte Veranstaltung **keine Ausnahme** von dem **allgemein bestehenden Verbot** öffentlicher Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel zugelassen.

Aus Kahr-Bayern.

Immer neue Hakenkreuzleruntaten. • „Deutsche Tage“ trotz der „Festseuche“.

München, 20. August. (Eig. Drahtbericht.)

Die nationalsozialistische Nürnberger „Alt-Reichsflagge“ veranstaltete am Sonntag in dem Arbeitervorort Zirndorf eine Fahnenweihe mit öffentlichem Umzug. Wie jetzt erst bekannt wird, verübten die Hakenkreuzler dabei, offenbar gereizt durch die ablehnende Haltung der Bevölkerung, **Ueberfälle auf wehrlose Zuschauer.** In ein Haus wurden Schüsse **abgefeuert,** an **anderer Stelle wurde ein Arbeiter durch Messerstiche in den Unterleib schwer verletzt.** Das war möglich, weil trotz des bayerischen Regierungserlasses gegen „die Festseuche“ der Hakenkreuzlerumzug von der Polizei nicht verhindert worden war.

Im Cham im bayrischen Wald hatten die Völkischen für den 31. August einen „Deutschen Tag“ vorbereitet. Auch dieser Veranstaltung standen die Ortsbehörden wohlwollend gegenüber, erst das Ministerium des Innern hat sich dazu aufgerafft, diesen „Deutschen Tag“ zu verbieten. Die Organe des Freistaates Bayern gewöhnen sich eben sehr schwer daran, Regierungserlasse nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts anzuwenden.

München, 20. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der Münchener Stadtrat ist in einen Konflikt mit der Regierung geraten, weil er es abgelehnt hat, **die Kosten für die Münchener Polizeidirektion zu tragen.** Die Sozialdemokratie erklärte, daß die bisherige Polizeipraxis, insbesondere die Haltung des Innenministeriums und Polizeidirektion zur Verfassungsfeier, ihr kein Vertrauen einflößen könne. Eine Ministerialentschließung, die vom Finanzreferenten verlesen wurde, hat jetzt die Regierung von Oberbayern (an deren Spitze immer noch Herr v. Kahr steht. D. Red.) angewiesen, „das weitere zu verfügen“.

Neuer Reinfall der Deutschnationalen.

Keine Mehrheit für die Auflösung des Landtages.

Braunschweig, 20. August. (Eig. Drahtbericht.)

Im Braunschweiger Landtag stand gestern ein Antrag der Rechtsbürgerlichen über die **Auflösung des Landtags** zur Beratung. Durch die Annahme dieses Antrages würde die Durchführung des Volksentscheids über die Auflösung des Landtags entbehrlich gemacht werden. **Die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit für den Antrag wurde nicht erreicht,** da von 60 Abgeordneten infolge Fernbleibens der Sozialdemokraten von der Sitzung nur 32 erschienen waren. Es muß nunmehr durch Volksentscheid über die Auflösung des Landtages entschieden werden.

Blutige Zusammenstöße in Italien.

Rom, 19. August. (Eig. Drahtbericht.)

Die Auffindung der Leiche Matteottis hat Italien aufs Neue erregt. In Rom und in der Provinz haben sich zahlreiche Zwischenfälle ereignet. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Fascisten und Arbeitern. In Neapel gab es mehrere Tote. Die Polizei, die ebenfalls von den Fascisten beschossen wurde, mußte Militär zu Hilfe rufen. Ein Trupp der antifascistischen Bürgervereine trat ebenfalls in Aktion. Zehn Karabiniere sind verletzt worden.

Rom, 20. August. (Radiomeldung.)

Gestern erfolgte die Ueberführung der Leiche Matteottis in seine Heimat. Da von der Bevölkerung in der Umgebung der Fundstelle große Demonstrationen beabsichtigt waren, wurde zur Verhinderung dieser ein starkes Polizeiaufgebot eingesetzt. Auf dem Friedhof durften sich nur die Abgeordneten und die Angehörigen des Ermordeten versammeln. Auf der Eisenbahn wurde der Sarg von 100 Polizeibeamten begleitet, die die Aufgabe hatten, jede Kundgebung mit Gewalt zu unterdrücken.

Fascistische Mörder und Leichenschänder.

Rom, 18. August.

Heute erfolgte die gerichtsärztliche Begutachtung der Leiche, deren Feststellungen ergaben, daß die Leiche ohne Hände ist. Die Leiche muß von den Mördern bei der eiligen Begrabung schrecklich verstümmelt worden sein, um sie in das zu kleine Grab hineinquetschen zu können. Man nimmt jetzt als feststehend an, daß Matteotti unmittelbar nach der Entführung im Auto durch Dolchstöße getötet worden ist, weshalb auch die gefundene Jacke Blutflecke aufweist. **Um für den Fall der Auffindung der Leiche die Identifizierung zu erschweren, war der Ermordete nachher entkleidet worden.** Die sozialistische Parteileitung hat dem Polizeioffizier, der die Leiche gefunden hat, die ausgesetzte Belohnung von 25 000 Lire zur Verfügung gestellt.

Nicht die Erzberger-Mörder, sondern Kapp-Putschisten. Laut Blättermeldungen aus Budapest erklärte die dortige Polizei, **daß die verdächtigen Deutschen, die man für die Mörder Erzbergers hielt, nicht mit diesen identisch,** sondern deutsche Offiziere seien, die wegen Beteiligung am Kapp-Putsch nach Ungarn geflüchtet seien.

Doumergues Nachfolger im Senat. Im Departement Gard, wo demnächst eine Nachwahl zum Senat für den zum Präsidenten der Republik gewählten ehemaligen Senator Doumergue stattfinden wird, ist als Kandidat des Linksblocks der ehemalige Präsident der Liga für Menschenrechte, Ferdinand Bouisson, der bei der letzten Wahl zur Kammer sein Mandat verlor, aufgestellt worden. **Seine Wahl gilt als gesichert.**

Zu den Unruhen in Transjordanien wird aus London gemeldet: **Der arabische Stamm der Wahabiten fährt fort, den neuen Transjordanstaat zu beunruhigen.** Den militärischen Kräften Transjordaniens und den englischen Hilfstruppen ist es unter Einsetzung von Flugzeugen und Maschinengewehren gelungen, die Wahabiten abermals zurückzuwerfen und ihnen schwere Verluste — man spricht **von 600 Mann** — zuzufügen.

„Die Arbeiterschaft glaubt nicht mehr an die KPD.“

Wie die KPD. „marschiert“.

Wir veröffentlichten kürzlich einiges aus einem Fragebogen, den die KPD.-Zentrale an ihre Organisationen verschickte. Darin wurde auf die schlechte Lage der KPD. verwiesen, die geistige Ueberlegenheit der Sozialdemokratie zugegeben und zur fleißigen Bespitzelung der sozialdemokratischen Anhänger ermahnt. Wir können heute wieder ein drastisches Dokument kommunistischer Zersetzung veröffentlichen.

Die Berliner Zentrale hat kürzlich ein **„Politisches Rundschreiben an alle Ortsgruppen, Bezirke und Distrikte der KPD.“** erlassen, mit dem Befehl, es allen vertrauenswürdigen (!) Parteifunktionären zugänglich zu machen. In diesem Rundschreiben, das der Sächsischen Republikanischen Korrespondenz im Original vorlag, heißt es u. a.:

„. . . Trotzdem die objektiven Verhältnisse durchaus revolutionär sind, **ist die Stimmung der Arbeiterschaft durchaus passiv.** Woher kommt das? Es handelt sich hier zweifellos um die verhängnisvollen **Nachwirkungen der Oktober-Niederlage.** Aber weshalb diese objektiv und subjektiv vorhandene Reife nach außen hin nicht zur Wirkung kommt, daran trägt die Schuld **die Schwäche und die Einflußlosigkeit der Kommunistischen Partei! Die Arbeiterschaft sieht in uns nicht mehr die Partei, die sie zum Siege führen kann. Die Arbeiterschaft glaubt nicht mehr an die Kommunistische Partei als die Partei, die mit Aussicht auf Erfolg gegen die Reaktion und den Kapitalismus den Kampf aufnehmen kann.** An diesem **entsetzlichen Zustand** sind in erster Linie schuld die breiten Schichten unserer Funktionäre in den Ortsgruppen und vor allem in den Betrieben. Trotz der Oktober-Niederlage ist die Partei intakt geblieben. Aber innerlich ist

die Partei schwach.

Die Oktober-Ereignisse und die unbedingt notwendige Umstellung **der Partei haben die Partei** auf das schwerste erschüttert. **Soll der Kampf durchgeführt** werden, dann ist **unbedingt notwendig,** daß die Partei innerlich fest ist, daß die **unbedingt** notwendige Disziplin, ohne die

die Partei ein Dreckhaufen

ist (!), möglichst rasch wieder hergestellt wird.

Die Bedrohung für die Partei ist ungeheuer groß . . . Aber wir werden diese Aufgabe nur durchführen können, wenn **die erbärmliche, unkommunistische, individuelle, d. h. durchaus unrevolutionäre Haltung unserer Genossen, vor allem unserer Funktionäre,** liquidiert wird. **Mit Scham** sehen wir die Ereignisse der letzten Wochen. Die Partei hat passiv hingenommen die Brutalitäten der deutschen Regierung gegen die russische Handelsdelegation, sie hat passiv hingenommen die Provokation der Fascisten und das Blutbad an der hallischen Arbeiterschaft („hallischen“ Arbeiterschaft? Waren es nicht vielmehr die aus ganz Deutschland zusammengetrommelten unglücklichen Erwerbslosen? Red. V.), sie blieb passiv, als die Ruhrkumpels im Kampf standen und als in der Konferenz der rheinischen Metallarbeiter zum Kampf aufgefordert wurde. **Es ist eine Schande, daß es nicht einmal gelungen ist, breitere Arbeiterschichten für den Arbeitskongreß mobil zu machen. Es ist eine Schande, daß die Werbewoche der Betriebszellen und die Presse vollkommen nachlässig durchgeführt wurde.** Es ist eine Schande, daß es nur mit den äußersten Anstrengungen gelingt, hier und da die organisatorische Umstellung der Partei auf Betriebszellen in Angriff zu nehmen.

Das Wahlresultat darf uns nicht blenden. **Tatsache ist es, daß wir in den letzten Monaten, trotz der Wahlresultate, aus einer Reihe wichtiger Positionen allmählich herausgedrängt wurden.** Unser Einfluß, besonders in den Großbetrieben, ist äußerst gering. Wir erwarten von allen verantwortlichen Funktionären, daß sie **dieses schwere Versäumnis schnellstens wieder gutmachen.**

Weiter haben wir in den letzten Monaten

sehr viel Boden verloren in den Gewerkschaften.

Durch unsere Schuld ist es **der Sozialdemokratie gelungen, ihre Positionen zu festigen.** Auch hier darf uns das Wahlresultat nicht über die wirkliche Lage hinwegtäuschen. Tatsache ist, daß der Einfluß der Zentralgewerkschaften (gemeint sind die freien Gewerkschaften. D. R.) auf die gesamte Arbeiterschaft, auch auf die gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiterschaft, nach wie vor ungeheuer groß ist. Wir wären Narren und Abenteurer, wenn wir das nicht sehen wollten. Trotzdem die Dinge so liegen, haben wir sie in der leichtfertigsten Weise verkleidet mit **„revolutionärer Phrase“,** Positionen in den Gewerkschaften preisgegeben, haben wir den Reformisten gestattet (!!), sich zu konsolidieren. Der kommunistische Funktionär darf sich nicht von Stimmungen leiten lassen, die auch trotz scheinbarer Phraseologie (Welcher Blödsinn! D. R.) passiv-konterrevolutionäre Stimmungen sind. (**Wo ist also die** Konterrevolution zu suchen? D. R.)

Es muß offen ausgesprochen werden, daß ein großer Teil der Funktionäre diese Klarheit nicht besessen hat.

Wir haben ferner in der letzten Zeit mit Entsetzen festgestellt, daß **selbst führende Funktionäre ein durchaus mangelhaftes Interesse selbst an den wichtigsten und entscheidendsten Fragen haben.** Wir haben in Unterbezirkskonferenzen, in Referentenzusammenkünften nachgeprüft, daß selbst diese führenden Genossen eine Reihe wichtiger Artikel, die von unserer Presse über das Sachverständigen-Gutachten erschienen sind, nicht gelesen haben! (Um so besser kann man darüber schimpfen. Red. V.) Diese Tatsache ist gerade unbegreiflich, und sie wirft **ein grelles Licht auf das politische Interesse weiter Kreise unserer Funktionäre.**

Genossen! Wir haben an Boden verloren in der letzten Zeit, wir haben uns aus manchen Gebieten drängen lassen. Wir sind in erster Linie schuld an der Passivität der Arbeiterschaft. Das muß anders werden. An die Arbeit!

*

In dem Rundschreiben kommt, wie die Sächsische Republikanische Korrespondenz weiter mitteilt, insbesondere auch die Befürchtung zum Ausdruck, daß die KPD. in nächster Zeit aufs neue **verboten** wird. Es wird deshalb der größte Wert auf **die Umstellung der Kommunistischen Partei auf Betriebszellen gelegt,** da die Berliner Zentrale in Uebereinstimmung mit Moskau die Meinung vertritt, daß keine Regierung gegen die Betriebszellen praktisch irgend etwas zu unternehmen vermag. Diese Umstellung ist aber das Schwerste und vielleicht überhaupt nicht Erreichbare, weil die große Masse der kommunistischen Parteimitglieder eine weitgehende Gleichgültigkeit allen diesen Dingen, wie überhaupt allen Befehlen und Anweisungen der KPD.-Zentrale gegenüber deutlich zu erkennen gibt. Die Disziplinlosigkeit, über die besonders geklagt wird, **geht so weit, daß** es den meisten Funktionären schon seit Monaten nicht mehr gelingt, die Mitglieder in die Versammlungen zu bringen, geschweige denn die Beiträge einzuholen. Einzelne Unterbezirke haben schon seit Monaten nicht mehr abgerechnet. Kurz, die Zustände innerhalb dieser maßlos diktatorischen Partei **sind derartig, daß** sie in einem Rundschreiben der Parteizentrale als „Schweinerei“ bezeichnet wurden . . .

Jedoch die **Müdigkeit der kommunistischen Funktionäre** hat einen sehr berechtigten, einfachen **Grund: sie** sind es **satt, sich durch ewig neue Parolen in ewig neue und rasch zerflatternde Illusionen jagen zu lassen. Daran ändern auch die ordinären, verlogenen, widerlichen Beschimpfungen, die die KPD.-Presse täglich gegen sozialdemokratische Führer schleudert, nichts mehr!**

Zusammenbruch des Kommunismus.

Vernichtende Mitgliederstatistik der Komintern.

Die offizielle kommunistische Korrespondenz, die „Inpreko“, gibt eine Tabelle über die **„Mitgliederzahl der Sektionen der KJ.“** Diese ist geradezu **vernichtend** und zeigt **einen Rückgang des Kommunismus auf der ganzen Linie.** Die Tabelle vergleicht die Mitgliederzahlen zur Zeit des 4. und diejenigen zur Zeit des 5. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Der einzige Zuwachs von Bedeutung wird bei **Deutschland** bezeichnet. Dort zeigt man heute zirka 350 000 gegen 226 200 Mitglieder im Vorjahre. **Auch diese Zahl ist maßlos übertrieben,** man ist auch „ehrlich“ genug, ein „zirka“, d. h. ungefähr, einzusetzen. Im übrigen **sind gesunken:** Rußland von 345 000 auf 244 466, **Frankreich von** 78 828 auf 50 000, Italien von 24 638 auf 12 000, Tschechoslowakei von 170 000 auf 130 000, Bulgarien von 40 000 auf 0, Polen von 10 000 auf 5000, Lettland von 1500 auf 1000, Schweden von 12 143 auf 12 000, Norwegen von 48 000 auf 16 000, Dänemark von 1200 auf 700, Holland von 2500 auf 1700, Schweiz von 5200 auf 4000, Oesterreich von 16 000 auf 0, Portugal von 1800 auf 700, Australien von 500 auf 250, Mexiko von 1500 auf 1000, Persien von 1000 auf 600 usw. usw.

Eine revolutionäre Bewegung, die derart zurückgeht, **muß** auf **ungesunden** Grundlagen ruhen. Das ist auch für einen Blinden ersichtlich. Deshalb das Gejammer über die „Schweinerei“ in der Partei.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Die kommunistischen Demagogen auf dem Abstieg.

Lugau, 19. August. Bei den Gemeindewahlen hat **die Sozialdemokratische Partei drei Mandate gewonnen, während die Kommunisten drei Sitze einbüßten.** Es erhielten Stimmen: **Liste 1** (SPD.) 2068, 9 **Mandate, bisher 6;** Liste 2 (KPD.) 860, 3 Mandate, bisher 6; Liste 3 (Unparteiisch) 464, 2 Mandate, bisher 3; Liste 4 (Bürgerlich) 1661, 7 Mandate, bisher 6.

Wirtschaftspolitik.

Festhalten an den hohen Kohlenpreisen.

Dortmund, 20. August. (Eig. Drahtbericht.) Die **Möglichkeit** eines weiteren Abbaues der Kohlenpreise wird von den Zechenbesitzern in dem Handelsteil der rheinisch-westfälischen Presse bestritten, dagegen wird Stimmung gemacht für einen Abbau der Frachten. Es wird glattweg behauptet, eine weitere Herabsetzung der Bruttopreise für Ruhrkohle werde keine Belebung des Absatzes erzielen. Die Ruhrkohle könne wegen der zu hohen Frachten nicht mit der englischen Kohle konkurrieren.

Dieser neue Vorstoß der Zechenbesitzer ist als Antwort auf den Rat des preußischen Handelsministers, die Kohlenpreise weiter zu ermäßigen, um weitere Zechenstillegungen zu umgehen, aufzufassen, mit anderen Worten: die Zechenbesitzer versuchen, die Verantwortung für die weiteren Stillegungen von Kohlenzechen von sich abzuwälzen und dem Reichsverkehrsminister bzw. der Allgemeinheit aufzuhalsen.

Steigerung der Reichseinnahmen.

Die Einnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben betragen nach dem soeben veröffentlichten endgültigen Ausweis im Juli 583,14 Millionen Goldmark gegen 472,29 Millionen im Juni. Die Julieinnahmen sind also gegenüber dem Vormonat um 110,85 Millionen Mark gestiegen.

Um die dritte Steuernotverordnung.

Im Reichstagsausschuß für die Aufwertungsfrage wurde seitens der Regierung betont, daß mit der Aufhebung der dritten Steuernotverordnung die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse in die größte Unsicherheit gestürzt werden würden. Die Regierung könne daher dieser Maßnahme nicht zustimmen.

Sechs Monate Konkursstatistik.

Auf Grund der Bekanntmachungen im „Reichsanzeiger“ nahmen die neu eröffneten Konkurse im Jahre 1924 folgende Entwicklung:

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
29	46	58	139	326	586	1125

Die Monatsdurchschnittszahl betrug 1913 ungefähr 815. Die Geschäftsaufsichten, die in „Wirtschaft und Statistik“ neu zusammengestellt werden, zeigen infolge der Verschärfungen der revidierten Geschäftsaufsichtsverordnung ein Sinken. Sie betrugen im Juni 1230, davon entfielen auf die Landwirtschaft 6, auf die Industrie 378, den Warenhandel 437 und die Banken 51. Die Zahl fiel im Juli auf 973, und zwar u. a. 14 Aufsichten in der Landwirtschaft, 362 in der Industrie, 394 im Warenhandel und 21 im Bankgewerbe.

Die Konkurse selbst verteilen sich auf die einzelnen Industriezweige wie folgt:

	1. 1. 1924	1. 4. 1924	1. 6. 1924	1. 7. 1924
Landwirtschaft . .	1	2	9	12
Industrie	5	22	159	330
Warenhandel . . .	19	81	278	561
Sonstige Gewerbe	2	3	19	60
Sonstige Zweige .	—	—	3	12
Ohne Angaben . .	—	27	116	127
Banken	3	4	2	23

Bei der Landwirtschaft ist zu berücksichtigen, daß unter ihrer Rubrik auch die Konkurse in Forstwirtschaft, Tierzucht und Gärtnerei zusammengefaßt sind.

Eine Million Feierschichten im Ruhrgebiet.

In der vergangenen Woche, vom 10. bis 16. August, **mußten** wegen Absatzmangel im Ruhrgebiet **auf 147 Schachtanlagen 195 639 Feierschichten eingelegt werden. In den letzten vier Wochen stellt sich die Gesamtzahl dieser Feierschichten auf 909 007.**

Ein triftiger Grund, die Arbeitszeit zu verlängern! **Der Produktionsausfall** kann nur durch längere Arbeitszeit **wieder** ausgeglichen werden. Es ist eine herrliche Ordnung, **diese privatkapitalistische** Wirtschaftsordnung!

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Gewerkschaftliches: Gottl. Kasparek; Lokales und Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt“ G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408201-18/fragment/page=0003

Vereins-Kalender
der SPD.,
Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung die aller anderen Vereine zum jeweiligen Milimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben. ::

Halle

Preßkommission. Donnerstagabend 6 Uhr: Sitzung im Verlagsbüro.

SPD.-Metallarbeiter. Mittwoch, den 20. August, abends 7½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (Zimmer 8): Fraktionssitzung. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Fraktionsvorstand.

Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuß. Mittwoch, den 20. August, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Wichtige Sitzung. Erscheinen aller notwendig.

Aus dem Bezirk.

Delitzsch. Mittwoch, den 20 August, abends 8 Uhr, im „Ring": Zusammenkunft der Frauengruppe.

— **Jungsozialisten.** Donnerstag, den 21. August, abends 8 Uhr, im „Ring": Wichtige Aussprache. Kommt alle.

Breppin. Mittwoch, den 20. August, abends 7½ Uhr im Lokal Faßauer: Mitgliederversammlung. Thema: Sachverständigengutachten. Redner zur Stelle. Erscheinen aller Mitglieder und Frauen ist Pflicht.

Holzweißig. Mittwoch, den 20. August, abends 8 Uhr, im Lokal Kittelmann: Vortrag des Gen. Zimmermann (Ramsin). Pünktliches Erscheinen notwendig. Freunde und Volksblattleser willkommen.

Friedersdorf. Mittwoch, den 20. August, im Gasthof „Zum Horn": Außerordentl. Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Bitterfeld. Freitag, den 22. August, abends 8 Uhr, im „Fürst Bismarck": Mitgliederversammlung der SPD. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Delitzsch. Freitag, den 22. August, Punkt ½9 Uhr, im „Ring": Mitgliederversammlung. 1. Vortrag über das Dawes-Abkommen (Genosse Buble). 2. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. 3. Verschiedenes. Alle Genossen müssen erscheinen. Gäste willkommen.

Könnern. Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": Mitgliederversammlung der SPD. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl. 2. Wahl eines Delegierten zum Unterbezirkstag. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erforderlich.

Ermlitz. Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Volksversammlung. Landesrat Gen. Undeutsch spricht über „Das Londoner Abkommen". Reger Besuch wird erwartet.

Niedereichstedt. Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Volksversammlung. Reichstagsabg. Genosse Richard Krüger spricht über „Das Londoner Abkommen". Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Könnern. Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": Mitgliederversammlung. Pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.

Kreis Merseburg-Querfurt. Sonntag, den 24. August, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Goldene Kugel" in Merseburg, Obere Breitestraße: Kreiskonferenz. Unbedingte Vertretung der Ortsgruppenleitungen erforderlich. Tagesordnung siehe Rundschreiben.

Achtung, Hausfrauen!
Für Lumpen, Knochen, Papier
zahlen die besten Preise. 9089
Auf Wunsch holen auch ab.
Rohstoff-Verwertungs-G. m. b. H., Halle a. S.
Domplatz 9. Telefon 1577.

Machen Sie den letzten Versuch!
Sie brauchen nicht zu verzweifeln.
Ihnen kann geholfen werden. Leiden Sie an:
Nervosität, Neurasthenie, Reizbarkeit, frühzeitiger Ermüdung, Herzklopfen, Angstgefühl, Erregung, Unlust zum Schaffen, Energielosigkeit, Konzentrationsmangel, Schlaflosigkeit, Unterernährung, allgemeinen Ernährungsstörungen, Schwächezuständen, Arterienverkalkung, Migräne, Hysterie, Hysteroepilepsie, Stoffwechselerkrankungen, Zuckerkrankheit, Gehirn- u. Rückenmark, Impotenz, Haut-, Harn- und Blasenkrankheiten, den Atmungsorganen, Gicht, Rheumatismus usw. Bleichsucht, Blutarmut, fehlender oder schmerzhafter Menstruation, sexueller Neurasthenie, Beschwerden d. Wechseljahre, Atemnot, Abmagerung, schlaffen Formen, allgemeiner Schwäche, Beschwerden nach Operationen an Gebärmutter oder Eierstöcken, Weißfluß, Basedow, Melancholie u. s. f.
so fordern Sie sofort durch Postkarte völlig kostenlose Ueberweisung von Literatur und Muster an. Angabe des Geschlechts (männlich oder weiblich) und des vorliegenden Leidens unbedingt erforderlich. 9461
Apotheker Edward Wiechowski, Abtlg. 1596
Berlin NW. 52, Kirchstraße 10a.

Leder in Kroupons, Sohlen u. Streifen
sowie 9113
Gummi-Absätze u. Sohlen
besonders billig in der
Lederhandlung
Fr. Gerlach
Sangerhausen — Klostermansfeld

Kraftsportklub „Adler", Holzweißig
Mitglied des Arb.-Athl.-Bundes Deutschlands, 5. Kr. 2. Bez.
Sonntag, den 24. August, in Bitterfeld (Preuß. Hof):
Großer Wettstreit
im Heben, Ringen und Leichtathletik
Anhänger dieses Sportes sind herzlich willkommen.
Der Vorstand. O. Landtag.

9162

VOLKSPARK
Eigenes Heim der hallischen Arbeiterschaft
Allen Gewerkschaften und Vereinen bringen wir unsere geräumigen Saal- und Garten-Lokalitäten zur Festlegung der Sommerfeste sowie aller sonstigen Veranstaltungen :: in empfehlende Erinnerung ::
Gute Küche wie im Frieden
Speisen und Getränke in reicher Auswahl

CURT GEYER
DREI VERDERBER DEUTSCHLANDS
EIN BEITRAG ZUR GESCHICHTE DEUTSCHLANDS UND DER REPARATIONSFRAGE VON 1920-1924
J. H. W. DIETZ NF.
BERLIN
in Ganzleinen 4,— Mk., brosch. 2,50 Mk.
Zu beziehen durch:
Volksblatt-Buchhandlung, Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Meine Frau war über 50 Jahre m. einer häßlichen
Flechte
behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizinal-Seife wurden die Flechten in 3 Wochen beseitigt. Diese Seife ist Tausendfach bewährt. C. W. „Dazu Zuckooh-Creme (nichtfettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Größte Auswahl, billigste Preise!
Bettfedern und Federbetten
Zahlungserleichterungen
Bruno Paris
jetzt Brüderstr. 3
8061 1 Minute vom Markt

Thalia-Theater
Täglich abends 8.10 Uhr:
Erstaufführung für Halle.
Mein Baby!
(Das ungeborene Kind)
mit Willi Schur.
Eine amerikan. Groteske von Margaret Mayo.

Eisleben.
Stadtbad
wieder geöffnet

Ihre Kundschaft
die, reell bedient, Ihnen stets treu bleibt und auf die Sie bauen können wenn Sie sich für Ihre Kundenwerbung des „Volksblatt" bedienen, ::: sind die :::
werktätigen Stände!

Koch's Künstlerspiele
Bunte Bühne.
Allabdl. 8¼ Uhr:
Das große
Programm
mit 11 Künstlern erster Bühnen.
Kl. Eintrittspreise.
9474

Volksbühne
Eisleben.
Nächsten Montag Terrasse:
Haupt-Versammlung.
1. Geschäftsbericht
2. Kassenbericht
3. Neuwahlen
4. Die künftige Spielzeit
5. Monatsbeiträge
6. Satzungsänderung
7. Verschiedenes.

Lebensmittel
in besten Qualitäten, reich. Auswahl u. preiswert bei 9060
Ed. Sorg
Kolonialwaren
Hermannstraße 7.

Billiger Verkauf
Unsere herabgesetzten Preise sind so unerhört billig, daß niemand diese Gelegenheit versäumen sollte.
Nur einige Beispiele:

Engl.-Leder-Hosen für Männer u. Jünglinge nur waschechte Qalitäten in viel. gestr. Mustern jetzt nur 5,40 6,25 6,95	**Stoff-Hosen** f. Männer u. Jüngl. in d. mod. schwarzweiß gestr. Modefarben sehr haltbar jetzt nur 4,75 5,95 6,95
Knab.-Hosen für 9—14 Jahren in Stoff Engl.-Leder usw. viele Farbenausw. haltb. Qual. jetzt nur 2,90 3,75 4,55	**Leibch.-Hosen** f. 3—8 Jahr. in Stoff Engl.-Leder usw. aus Restern gearb. desh. so preiswert jetzt nur 1,80 2,75 3,45

Ernst Renner
14 Marktplatz 14 9383

Wiederverkäufer
Die gute und billige Bezugsquelle für
Kurzwaren
Schnürsenkel ∴ Schuhcrem ∴ Fliegenfänger
sowie alle anderen Artikel
Spielwaren
ist
Paul Lange, Großhandlung, Halle
Merseburger Strasse 168 neben C.-T.-Lichtspiele, Nähe Riebeckplatz (v. Bahndurchgang Thielenstr. 1 Min.).

Inserenten! Annoncen-Expeditionen!
Wer auf Landkundschaft reflektiert,
gebe seine Inserate auf in der bei der Landbevölkerung des Saalkreises und darüber hinaus meistgelesensten Zeitung
Der Landbote
„Der Landbote" erscheint jeden Mittwoch sowie Sonnabend mit der illustrierten Wochenbeilage „Volk und Zeit". Bezugspreis **im August 55 Pfennig.** Anzeigen- und Bezugsbestellungen beim
Verlag Volksblatt G. m. b. H.

Frauenwelt
Eine Halbmonatsschrift
Jetzt
mit sämtlichen
Schnitten auf einem Bogen
im Heft 10 Pfennig mehr.
Ohne Schnitte
30 Pfg.
Zu beziehen durch:
„Volksblatt"-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstraße 27.

Rundstäbe 13 bis 15 mm
Besenstiele
Birkene Reisbesen
Dachsplitt, Dachpappe
Gartenpfähle
Tongkingrohrstäbe
Angelruten
Blumenstäbe
Stangen 9429
geschält u. ungeschält
Sprossenleitern
Baumleitern
Wald- u. Spalierlatten.
Carl Schumann
Holzhandlung,
Gr. Steinstraße 30.
Tel. 6474.

Eine preiswerte Einkaufsquelle
für
Schokoladen u. Süßwaren
jeder Art, finden Händler u. Wiederverkäufer beim Fabrik-Vertreter der Pichler-Fabrikate in Sangerhausen.
Max Scharfstädt,
Neuehäuserstr. 13/15
(Burkbraun-Fabrikate am Lager)

Fahrräder
und 9090
Ersatzteile
Otto Hänisch,
Turmstraße 156.
Telephon 2719.

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!!

Eisleben
Tabakwaren
hält vorrätig und liefert in allen Qualitäten billigst
Zigarren-Hdlg.
Grabenstr. 50

Drucksachen
aller Art in sauberster Ausführung fertigt an
Briefbogen / Briefumschläge / Plakate
Programme / Postkarten / Prospekte
Rotationsbetrieb für Massenauflagen
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht / Harz 42/44 / Fernsprecher 6605

LACHEN LINKS
DAS WITZBLATT DER REPUBLIK
Preis 25 Pfg. :: Zu beziehen durch die Volksblatt-Buchhandlung nur Große Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408201-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 20. August.

Parteinachrichten.

Mitgliederversammlungen der SPD.

Am Donnerstag, dem 21. August, abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen unsere

Ortsbezirksversammlungen

statt.

Ortsbezirk 1: „Volkspark", Burgstraße 27,
„ 2: Sport-Restaurant, Goethestraße,
„ 3: Gewerkschaftshaus, Harz 42/44,
„ 4: Allemannia-Hallen, Berliner Straße,
„ 5: Streicher, Kl. Klausstraße 7,
„ 6: Anders, Alter Markt,
„ 7: Leuchte, Wörmlitzer Straße 97,
„ 8: Restaurant Feuerwache Süd.

In allen Versammlungen werden Vorträge gehalten über das Thema:

„Der Londoner Vertrag und die Sozialdemokratie."

Das Erscheinen aller Genossen mit ihren Frauen ist Pflicht. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Der Vorstand.

Die Milch wird teurer!

Der „Verein der Landwirte und Molkereien zur Regelung des Milchpreises zu Halle" teilt uns kurz vor Redaktionsschluß mit:

„In der gestrigen Sitzung des Ausschusses ist der **Kleinverkaufspreis für Milch mit Wirkung ab 20. August 1924 auf 28 Pfennig** festgesetzt.

Die Erhöhung ließ sich bedauerlicherweise nicht vermeiden, weil Leipzig inzwischen seinen Kleinverkaufspreis auf 36 Pfennig festgesetzt hat. Der Leipziger Milchhandel ist infolgedessen in der Lage, mit höhere Erzeuger- bezw. Molkereipreise zu zahlen wie Halle. Die Folge davon ist, daß erhebliche Milchmengen, die bisher zur Versorgung von Halle dienten, Gefahrlaufen, nach Leipzig verkauft zu werden; um dem vorzubeugen, mußte eine hoffentlich nur vorübergehende Erhöhung des Milchpreises stattfinden."

*

Das ist für alle Mütter, namentlich aber für die Familien der Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten usw. eine wenig erfreuliche Nachricht. Die Begründung für die nicht unerhebliche Preiserhöhung, besonders aber der Hinweis auf die Nachbarstadt Leipzig, will uns nicht plausibel erscheinen. Aber: wir leben eben im glorreichen Zeitalter der freien Wirtschaft, die solche Praktiken glatt zuläßt. Es wäre immerhin interessant, zu erfahren, wie sich der von 26 auf 28 Pfennige erhöhte Preis für das Liter Milch zusammensetzt.

Vierter Mitteldeutscher Handwerkertag.

Der Mitteldeutsche Handwerkerbund, der am Sonntag und Montag in Halle versammelt war, hielt am Montag im „Stadtschützenhaus" seine Hauptversammlung ab. Den ersten Vortrag hielt der Syndikus des Bundes Dr. Seidel (Erfurt), der über das Thema: **„Der Mitteldeutsche Handwerkerbund, seine Arbeit und Ziele** und die Gegenwartsfragen des Handwerks" sprach. Redner streifte zunächst die Wirtschaftspolitik und wandte sich gegen die wucherischen Zinssätze der Banken, wogegen die Behörden energisch einschreiten müßten. Auch die Wuchergesetzgebung müsse sich mehr gegen die Vorlieferanten des Handwerks und des Kleinhandels wenden. Das Kartellaufsichtsgesetz müsse noch verschärft werden. Der Redner wandte sich dann gegen die Auffassung, daß das Handwerk ein rückständiges Anhängsel der Industrie sei und machte der Landwirtschaft den Vorwurf, daß sie die Lebensbedingungen des Handwerks untergrabe. Redner forderte ferner eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung und verlangte, daß dem Handwerk eine stärkere parlamentarische Vertretung eingeräumt werde.

Der thüringische Landtagsabgeordnete Schneidermeister Linkmann (Weimar) sprach über das **Berufsschulwesen der Lehrlinge**, das er als außerordentlich wichtig bezeichnete. Wenn auch durch die Berufsschule die Lehrlinge wöchentlich mehrere Stunden von der Arbeit ferngehalten würden, sei doch die Mehrzahl der Meister (?) für die Berufsschule, wünschten aber mehr fachliche als allgemeine Weiterbildung.

Ein Herr Pflugmacher setzte sich für die Erhaltung der „bewährten" Innungskrankenkassen ein. Er meinte, daß die vom Handwerk bezahlten Beiträge auch diesem wieder zugute kommen müßten. (Ein sehr egoistischer Standpunkt.)

Am Schlusse der nur kurzen Tagung wurden zwei Entschließungen einstimmig angenommen. Die erste wendet sich gegen die drückenden Steuergesetze des gewerblichen Mittelstandes und fordert die weitere Herabsetzung der Umsatzsteuer auf mindestens 1½ Prozent; auch die geplante Umsatzsteuerfreiheit der Genossenschaften liege nicht im Interesse des Handwerks. Die andere Entschließung erhebt Einspruch gegen die unsoziale Besteuerung der Hausbesitzer in Form der Hauszinssteuer und fordert Aufhebung dieser Steuer und die Befreiung des Hausbesitzes vom behördlichen Zwang.

Diese Verquickung von Hausbesitzerinteressen mit Handwerkerinteressen hätte sich der Bund sparen sollen; es gibt nämlich auch Handwerker, die nicht Hausbesitzer sind und die diesen Kollegen bei freier Wohnungswirtschaft ebenfalls ausgeliefert würden.

Ordensschwindel.

Die Sehnsucht gewisser Kreise nach einem Kriegspflaster auf den Zivilistenrock ist sehr groß. Sie sollte wieder einmal gestillt werden durch ein „Flandern-Kreuz", das in der Rechtspresse für Flandernkämpfer angeboten wurde. Kühn und verlogen wurde dabei angegeben, daß dieses Kreuz, dessen Schöpfer der einstige Marinekommandant an der belgischen Küste, Admiral v. Schröder sein soll, amtlich genehmigt sei. Von einer amtlichen Genehmigung durch irgendwelche preußischen Behörden kann keine Rede sein. Es handelt sich wieder mal lediglich um ein Privatunternehmen gewisser geld- oder kriegsruhmsüchtiger Kreise.

Die Fürsorge für sittlich Gefährdete.

Im Einvernehmen mit dem preußischen Minister des Innern hat der Minister für Volkswohlfahrt in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin Richtlinien über die Abgrenzung des Aufgabenkreises der Pflegeämter und anderer Fürsorgestellen für sittlich Gefährdete gegenüber der Schröder herausgegeben. In diesen Richtlinien wird u. a. gesagt:

Die Gefährdetenfürsorge, deren Hauptaufgabe die sozialpflegerische Erfassung und Behandlung sittlich gefährdeter Frauen und Mädchen, vereinzelt auch männlicher Jugendlicher ist, hat durch Vertiefung und Erweiterung ihrer Arbeit verschiedene Formen angenommen, so daß sich heute drei Hauptgruppen unterscheiden lassen.

Die eigentliche Polizeifürsorge (Träger: Staat, Gemeinde oder private Wohlfahrtsvereine), das selbständige Pflegeamt (Träger: Staat oder Gemeinde), Fürsorgestellen für Gefährdete, die als pflegeamtsähnliche Einrichtungen durch die Gemeinden oder durch private Vereine getragen werden.

Da die Entwicklung der Gefährdetenfürsorge unter dem Mangel einer bestimmten Abgrenzung ihrer Zuständigkeit gegenüber der Polizeiverwaltung vielfach zu leiden hat, so ist es erwünscht, den Tätigkeitskreis der Pflegeämter nach festen Grundsätzen zu bestimmen. Die obengenannten drei Hauptgruppen sind am besten zur Bearbeitung folgender Gebiete geeignet: erste informatorische Vernehmung, gutachtliche Aeußerung vor Anordnung der ärztlichen Untersuchung und weitere Fürsorgebehandlung bei allen von der Sittenpolizei aufgegriffenen Jugendlichen, sowie bei allen zum ersten Mal von der Sittenpolizei aufgegriffenen Personen; gutachtliche Aeußerung usw. bei allen mehrfach von der Sittenpolizei Aufgegriffenen nach erfolgter polizeilicher Vernehmung, jedoch vor Ergehung der Entscheidung über die zu treffenden polizeilichen Maßnahmen; Behandlung aller wegen Obdachlosigkeit eingelieferten minderjährigen und volljährigen weiblichen Personen; Beratung sonstiger hilfsbedürftiger Personen, die den Fürsorgestellen von der Polizeibehörde überwiesen werden. Darüber hinaus bestehen grundsätzlich keine Bedenken, nach Ermessen der örtlichen Polizeiverwaltung auch polizeiliche Befugnisse an amtliche mit der Gefährdetenfürsorge befaßte Stellen oder Personen zu übertragen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Staunend beobachten wir die stürmische Entwicklung der republikanisch-demokratischen Organisation des Reichsbanners. Die Zeitungen sind täglich angefüllt mit Versammlungsankündigungen und Berichten dieser Bewegung. Ueberall finden Fahnenweihen und sonstige Demonstrationen unter ungeheurer Beteiligung statt. Es ist tatsächlich fast unglaublich, in welch kurzer Zeit der Aufbau dieser Riesenorganisation möglich war. Nur die aufopfernde Kleinarbeit vieler überzeugter Republikaner hat dieses schnelle Wachstum ermöglicht. Wir haben immer behauptet, daß auch in Deutschland viel Opferfreudigkeit für die Republik vorhanden ist, man müßte ihr nur Ziel und Weg zeigen.

Das Reichsbanner wird nie ein „sozialdemokratischer Kriegerverein" sein, wie es Reaktionäre von rechts und links behaupten. Fest steht, daß das Reichsbanner jedem Funktionär einer republikanischen Partei ein großes Feld ausgiebiger Tätigkeit bietet. Allzulange haben uns die Hakenkreuzler auf der Nase herumgetanzt, ohne Widerstand zu finden. Sonntag für Sonntag ganz offen konnten sie mit ihren schwarzweißroten Umzügen die Republik verhöhnen. Gegen derartige Demonstrationen hilft weder Verbot noch Schimpfen. Dagegen hilft nur mutiges Bekennen zur Republik, dagegen hilft nur fester Zusammenschluß aller ehrlichen Republikaner. Dagegen kann nur dauernde Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch offenes Zurschautragen der schwarzrotgoldenen Farben schützen. Und die Jugend muß dabei sein. Sie muß mit Begeisterung für den republikanischen Gedanken streiten. Die Jugend verlangt Symbole, sie will, von Feuergeist beseelt, ins Land ziehen, ihre Farben vorantragen gegen die Reaktion, gegen die Verächter der Demokratie. Leider hat die Republik zu wenig Wert auf die Propaganda für sich gelegt, mit allzuwenig Nachdruck wenigstens die äußerliche Anerkennung ihrer selbst durchgesetzt. Man mag darüber denken wie man will: Das alte System hat in ausgezeichneter Weise durch Aeußerlichkeiten Propaganda für sich zu machen verstanden, die Republik dagegen viel, viel versäumt. Jetzt gilt es, das durch uns nachzuholen, eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung im größten Stile zu vollbringen. Das Geschimpfe und das Verhalten der reaktionären Blätter zeigt uns doch, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Viele unter uns haben sich bisher den Kopf zerbrochen, weswegen sich die proletarische Jugend so wenig um Politik kümmert. Mit einiger Sorge haben sie in die Zukunft geschaut. Die Arbeiterjugend und die Jugendgruppen der anderen republikanischen Parteien ausgenommen, aber die hand- und kopfarbeitende Jugend finden wir doch im Alter von 18 bis 25 Jahren ausschließlich nur in den Sportvereinen. Dem Staat und seinen Werden stehen diese jungen Leute durchaus teilnahmslos gegenüber.

Das Reichsbanner jedoch, es zieht die Jugend an: Warum? Weil diese Bewegung Schwung, Symbole, Aeußerlichkeiten besitzt. Aeußerlichkeiten mögen manchem nicht passen. Sie sind aber notwendig, dringend erforderlich in den Zeiten wie den jetzigen. Warum haben denn die reaktionären Organisationen so viel Jugend in ihren Reihen? Die Frage ist ziemlich leicht zu beantworten. Weil sie es verstanden, Aeußerlichkeiten in den Vordergrund ihrer Bewegung zu stellen. Aeußerlichkeiten allein genügen natürlich nicht, eine Idee gehört dazu. Und weil den reaktionären Organisationen eine gemeinsame Idee fehlt, deshalb werden sie auch wieder verschwinden. Das Reichsbanner aber verfügt über eine Idee. Die schwarzrotgoldenen Symbole sind nur das äußere Zeichen. Die Mitglieder des Reichsbanners eint über die Parteien hinweg die Erhaltung und die Verteidigung der Republik und der Demokratie, die, wenn sie uns im Jahre 1910 anläßlich der Wahlrechtsdemonstrationen beschert worden wäre, sicher von uns mit anderem Elan verteidigt worden wäre. Heute aber sehen wir das Heranwachsen einer anderen Generation, denn in den Jahren 1910 bis 1914 waren die heute schon 25jährigen jungen Männer noch Kinder, sie wissen es nicht und können es so wie wir nicht empfinden, wie die frühere Herrschaft der heutigen Deutschnationalen usw. damals auf uns lastete, trotz der blühenden Wirtschaft, die Deutschland damals besaß. Die Jugend, die dies alles nicht miterlebt hat, die nur die durch den Krieg erfolgte Zersetzung unserer Wirtschaft und leider auch der Moral erleben mußte, sie wird sicher an der Erhaltung und Verteidigung um Ausbau der Republik und der Demokratie gerne mitarbeiten, wenn wir ihr das geben, was die Jugend braucht und was sie auch im Reichsbanner findet, ein Ziel und seine Symbole.

Das deutsche Volk aber in seiner Gesamtheit muß dazu erzogen werden, Farbe zu bekennen; der einzelne muß einen „Standpunkt" haben und nicht wie ein schwankendes Rohr heute hierhin, morgen dorthin wehen. So wollen wir also an der Reichsbannerbewegung mitarbeiten. Wir wollen uns aber im Reichsbanner besonders der Jugend widmen und an deren Erziehung zum republikanischen Staatsbürger uns nach Kräften betätigen. Dann ist auch die demokratische Republik gesichert und ihr weiterer Ausbau kann erfolgen. Dann werden wir aber auch vor der Zukunft bestehen können, wenn es uns gelingt, die deutsche Einheit im demokratischen Volksstaat den nachfolgenden Generationen als Vermächtnis zu überlassen.

Fritz Daemisch.

Kauft nicht bei Monarchisten!

So lange der Sozialismus nicht verwirklicht ist, so lange wir im Kapitalismus mit seinem privaten Unternehmertum leben, ist es für jeden Sozialisten eine Selbstverständlichkeit, daß im freien Volksstaat jeder — ungeachtet seiner politischen Gesinnung — seine ehrliche Existenz haben soll. Wir verwerfen das Mittel der Reaktion, durch geschäftlichen Boykott diejenigen zugrunde zu richten, die nicht mit uns parteipolitisch an einem Strange ziehen. Anders steht es dann, wenn es Kaufleute für klug halten, auf den Monarchismus des Publikums zu spekulieren und so alle Republikaner herausfordern.

Dies gilt in erster Linie von den Bilderhandlungen, die in auffallender Weise die Reklamefiguren der Reaktion ausstellen: Friedrich den Großen, Bismarck, Ludendorff-Lindström (ein Bild von ihm mit blauer Brille existiert scheinbar noch nicht!)

Alsdann wären jene Buchhandlungen zu beachten, die die Memoiren unseres „genialen" Kriegsverlierers vornehmlich in ihr Fenster legen, ohne auch nur eine Spur von Parität zu zeigen und etwa das Buch des Grafen Zedlitz-Trütschler „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhofe", das Wilhelms Heldenmaske ein wenig lüftet und einmal mit hellem Strahle hinter die Kulissen der „ruhmreichen Vergangenheit" leuchtet, oder General Hoffmanns „Krieg der versäumten Gelegenheiten" oder Hans Delbrücks „Ludendorffs wahres Gesicht" daneben zu legen; von republikanischer Literatur ganz abgesehen!

Ganz besonders aber sind zahlreiche Papiergeschäfte darauf verpicht, die reaktionäre Konjunktur auszunutzen. Neben den erbärmlichsten Kitschpostkarten hängen die Bilder aller nur möglichen Hohenzollern: Prinzen und Prinzessinnen von 8 bis 80 Jahren kann man da in allen möglichen Lebenslagen bewundern, insbesondere der Kronprinz scheint es den monarchistischen Kaffeeschwestern beiderlei Geschlechts angetan zu haben und, darauf spekulierend, zeigen ihn die feilgebotenen Darstellungen.

Wer durch solcherlei Schaustellungen die republikanische Bevölkerung provoziert, der darf sich nicht wundern, wenn die so Provozierten die notwendigen Folgerungen daraus ziehen und peinlichst diese politischen Konjunktur-Spekulanten bei ihren Einkäufen meiden. Es empfiehlt sich sogar, den Herrschaften das mitzuteilen. Von den Inhabern der Geschäfte, die durch die Art ihrer Auslagen ausgesprochen monarchistische Propaganda treiben, kann man auch annehmen, daß sie einen Teil der so verdienten Gelder zur Finanzierung der Reaktion hergeben. Das Gesindel, das dem deutschen Volke schon unermeßlichen Schaden bereitet hat (denken wir nur an den Kapp- und Hitlerputsch und die anschließenden Wirtschaftskatastrophen), hätte sich niemals so organisieren können, wenn ihm nicht die Gelder auch nicht aus den Kassen der reaktionären Kaufmannschaft zuflössen.

Deshalb: Kauft nicht bei Monarchisten, die auf die Reaktion spekulieren: meidet die Geschäfte reaktionärer Inhaber!

Vom 11. Mai zum 11. August.

Die Wochenschrift „Die Glocke" veröffentlicht in Nr. 20 einen Artikel von Karl Höltermann, dem Pressechef des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dem wir nachstehende interessante Stellen entnehmen:

„Als der Bundesvorstand des neugegründeten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 11. Mai in Magdeburg zusammentrat, um die Berichte über die Rundreise der einzelnen Vorstandsmitglieder durch alle deutschen Gaue entgegenzunehmen, da war es uns gewiß, daß die Gründung des Reichsbanners kein Fehlschlag war; aber mancher zweifelte noch, ob es gelingen werde, die in Aussicht genommene Reichsverfassungsfeier in Weimar zu einem Erfolg zu gestalten. Nur diese eine Feier war als größere Veranstaltung geplant, von ihr versprachen wir uns eine ähnliche Wirkung, wie sie der Reichsjugendtag 1920 für die Arbeiterjugend hatte. Nach vier Wochen wußten wir, daß neben der Feier in Weimar noch in mindestens zehn Städten Veranstaltungen stattfinden würden, in einem Ausmaße, wie sie nie zuvor erlebt wurden. Als die wunden Punkte erschienen uns Berlin, Halle, Nürnberg, München. Der Riesenstadt Berlin, wo die Kommunisten sich redliche Mühe gaben, die Arbeiterbewegung zu zerrütten, das Gepräge des Reichsbanners aufzudrücken, schien eine schier unlösbare Aufgabe: sie wurde gelöst; der Gau Berlin ist einer der besten von allen. Der Bezirk Halle, einst die kommunistische Hochburg, war zur Beute der Reaktion geworden; Stahlhelm und Wehrwolf waren zu Herrschern geworden. Es wurde geschafft. Halle wurde am 10. August für die Demokratie erobert, wobei das kleine Anhalt getreuliche Hilfe leistete. **Der Gau Halle und der Gau Ostpreußen — sie sind der Stolz des Reichsbanners.** Auch Bayern bekam die Kraft der Reichsbannerbewegung zu spüren. Wohl waren Verfassungsfeiern unter freiem Himmel verboten — aber kein Raum in München und Nürnberg war groß genug, um die Republikaner zu fassen. Die Polizei mußte es dulden, daß Zehntausende im Freien sich sammelten.

Das Reichsbanner ist das Sammelbecken einer gewaltigen Kraft — am Verfassungstage 1924 ist sie sichtbar geworden. Wo und wie wird sie angesetzt werden? Die Gegner der Republik bestimmen den Punkt, auf den der Stoß gerichtet wird. . . .

. . . Die Kraft der deutschen Demokratie, die im Reichsbanner sichtbar geworden ist, wurde von Freunden und Gegnern gewaltig unterschätzt. Wir glauben, es stehen uns ähnliche Ueberraschungen bevor, wenn die Verfassungsfrage zur aktuellen Streitfrage gemacht wird. . . .

Der Verfassungstag 1924 hat aber auch gezeigt, daß das Reichsbanner nur einen Teil der Kräfte der deutschen Demokratie darstellt, wenn auch der am augenfälligsten organisierte, aktivste und kampflustigste. Die Rednerliste von Weimar zeigt, daß alle republikanischen Parteien hinter dem Reichsbanner stehen, und wer die Liste der Reichsausschußmitglieder studiert, findet die Namen von Repräsentanten der deutschen Gewerkschaften. In Bayern vor allem haben sich die Vereinigten republikanischen Verbände gebildet, und so scheint ein großer Gedanke seiner Reife entgegenzugehen: ein großer Bund aller republikanisch-demokratischen Organisationen.

---

* **Volksbühne.** In diesem Spieljahre werden nur acht Beiträge zu je 2,20 Mark für je zehn Vorstellungen im Stadttheater erhoben, so daß auf jede Vorstellung 1,60 Mark und 16 Pfennig Verwaltungsbeitrag einschließlich Garderobengebühr und Zeitschrift „Kunst und Volk" entfällt. Die kleine Erhöhung von 10 Pfennig im Vergleich zum Vorjahr ist dadurch bedingt, daß in diesem Jahre fünf Opern gegeben werden, während im Vorjahre nur drei Opern auf zehn Vorstellungen entfielen. Die erste beginnt mit Lessings „Emilia Galotti", die zweite mit Wagners „Tristan und Isolde". Die ersten Beitragsmarken werden von heute an bis 30. August in der Geschäftsstelle ausgegeben.

* **Der Volks-Feuerbestattungsverein Halle und Umgegend** ist der größte Verein am Platze, seine Mitgliederzahl beträgt 84 000. Der Verein leistet nach einjähriger Mitgliedschaft sämtliche Bestattungskosten, einbegriffen sind: Lieferung des Sarges, Ueberführung nach dem Krematorium, Benutzung der Kapelle, Pflanzendekoration, Harmonium- oder Orgelspiel, eine Reihenstelle und Beisetzung der Aschenreste, so daß den Angehörigen keinerlei Kosten entstehen. Mitglieder, welche bei einem Alter von über 60 Jahren eine bestimmte Summe eingezahlt haben, behalten nach wie vor dieselben Rechte der kostenlosen Einäscherung. Die Aufnahmegebühr beträgt 50 Pfennig, die Beiträge nach Altersklassen abgestuft, 20 bis 60 Pfennig pro Monat.

* **Fahnenverbot auf der Eisenbahn.** Da es häufig vorgekommen ist, daß Reisende an den Fahnen und Wimpeln der politisch eingestellten Wandervereine Anstoß genommen haben, hat die Reichsbahndirektion eine Verfügung erlassen, wonach solche Fahnen und Wimpel auf den Bahnhöfen und in den Zügen nicht mehr entfaltet herumgetragen werden dürfen. Die Reisenden sind von den Beamten vor Erstattung einer Uebertretungsanzeige zum Aufwickeln oder Abnehmen der Fahnen oder Wimpeltuche aufzufordern.

* **Das Reichsarbeitsblatt** bringt in seiner Nummer vom 16. August 1924 im amtlichen Teil wie regelmäßig eine Zusammenstellung aller in letzter Zeit ergangenen wichtigen sozialpolitischen Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Der nichtamtliche Teil enthält diesmal neben einer besonders reichhaltigen Auslese sozialpolitischer Aufsätze und wirtschaftsstatistischer Uebersichten die Antwort des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, auf einen Aufsatz in einer früheren Nummer des Reichsarbeitsblattes, der sich mit seiner Stellungnahme zum Thema der sozialen Gerechtigkeit und des Weltfriedens beschäftigt hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240820 1-18/fragment/page=0005

* **Was geschieht mit der örtlichen Preisprüfungsstelle?** Von der Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis Halle wird uns mitgeteilt: Zur Berichtigung einer weit verbreiteten irrtümlichen Auslegung der in den Zeitungen jüngst auszugsweise bekanntgegebenen Verfügung des Herrn Ministers des Innern über die Umgestaltung der mittleren (Bezirks-) Preisprüfungsstellen sei darauf hingewiesen, daß durch diese Anordnung u. a. die mittlere (Bezirks-) Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Merseburg in Halle mit dem 15. August 1924 aufgehoben ist; ihre bisherigen Aufgaben werden durch die mittlere Preisprüfungsstelle für die Provinz Sachsen in Magdeburg erledigt werden. Dagegen werden die örtlichen Preisprüfungsstellen, also auch die für den Stadtkreis Halle durch diese Verfügung nicht berührt, vielmehr hebt der Minister hervor, daß, wenn auch bei fortschreitender Beruhigung des Wirtschaftslebens mit der Beseitigung der Preisprüfungsstellen gerechnet werden kann, sie doch zur Zeit noch keineswegs entbehrlich sind, und daß ihre Aufhebung mit Rücksicht auf die geltende Verordnung über Preisprüfungsstellen vom 13. Juli 1923 gesetzlich auch zulässig wäre.

* **Winterausgabe 1924/25 des Reichs-Kursbuchs.** Am 1. Oktober erscheint die Winterausgabe 1924/25 des Reichs-Kursbuchs zum Stückpreise von 7 Rentenmark. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Frühzeitige Bestellung wird empfohlen, da sonst bei der beschränkten Zahl der Ausgabe auf Lieferung nicht zu rechnen ist.

* **Wie groß dürfen Briefsendungen sein?** Die Ausdehnungsgrenzen für Briefsendungen sind wenig bekannt. Für eigentliche Briefe besteht im Inland, auch nach Danzig, keine Vorschrift, die die Ausdehnung begrenzen würde. Sie müssen sich aber in dem Briefbunde verpacken lassen. Nach dem Ausland darf die Ausdehnung der Briefe in keiner Richtung mehr als 45 Zentimeter betragen, bei Rollen nicht über 75 Zentimeter Länge und 10 Zentimeter Durchmesser. Postkarten dürfen im Inland, nach Danzig, Deutschösterreich, Litauen und dem Memelgebiet sowie der Tschechoslowakei bis zu 15,7 : 10,7 Zentimeter groß sein, nach dem übrigen Ausland nur 14 : 9 Zentimeter. Drucksachen dürfen in Rollen im In- und Ausland 75 Zentimeter lang und 10 Zentimeter dick sein. Sonst bestehen im Inland und für Danzig keine Begrenzungen. Nach dem Ausland dürfen sie aber in keiner Richtung mehr als 25 Zentimeter groß sein. Päckchen dürfen im Inland 25 : 15 : 10 Zentimeter, als Rollen 30 : 15 Zentimeter messen.

* **Auch gemeinnützige Unternehmungen beitragspflichtig zur Erwerbslosenfürsorge.** Der Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge unterliegen gemeinnützige Unternehmungen ebenso wie andere. Der Reichsarbeitsminister will von seiner Ermächtigung, einzelne Betriebe zu befreien, nur ausnahmsweise und nur für solche Beschäftigungen und Personengruppen Gebrauch machen, die von Arbeitslosigkeit nicht oder nur wenig bedroht sind und deshalb Mittel mit aufzubringen hätten, die ganz oder größtenteils anderen Berufszweigen zugute kämen. Es lasse sich nicht zugeben, daß die Arbeitnehmer gemeinnütziger Unternehmungen allgemein einen besonders günstigen Arbeitsmarkt hätten, der eine Vorsorge für den Fall der Erwerbslosigkeit entbehrlich und die Heranziehung der Beiträge ungerecht erscheinen ließe.

* **Förderung der Jugendherbergen.** Um eine Förderung des Jugendherbergswerk auch durch die besonders gestellten Kreisjugendpfleger und Pflegerinnen herbeizuführen, muß der Jugendpfleger und der Geschäftsführer des zuständigen Zweigausschusses für deutsche Jugendherbergen überall Fühlung nehmen und zusammenarbeiten. Zu diesem Zweck sollen nach einem Erlaß des preußischen Wohlfahrtsministers auch die beteiligten Geschäftsführer zu allen Tagungen der Kreisjugendpfleger und Pflegerinnen eingeladen und möglichst auch in den Bezirksausschuß für Jugendpflege berufen werden.

* **Die Feuerwehr** wurde am Dienstagvormittag nach dem Grundstück Unterberg 7 gerufen, wo ein Starkstromkabel in Brand geraten war. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. — Nachmittag gegen 3 Uhr wurden wiederum wegen Alarmierung durch die selbsttätige Feuermeldeanlage des Stadttheaters sämtliche Löschzüge der Feuerwehr nach dem Stadttheater gerufen. Da eine Gefahr nicht vorlag, konnten die einzelnen Züge sofort wieder abrücken. — Am gleichen Abend gegen 9 Uhr brach ein mit Kohlen beladener Wagen in der Leipziger Straße auf den Straßenbahnschienen zusammen, so daß dadurch der Verkehr stark gehindert wurde. Der Wagen wurde durch die Feuerwehr gehoben.

* **Der rabiate Gast mit dem völkischen Kampfgerät in der Tasche.** Wie der Polizeibericht meldet, weigerte sich am Montagabend ein Gast im Restaurant „Heidepark", das Lokal zu verlassen. Mit Hilfe eines Polizeibeamten wurde er gewaltsam aus diesem entfernt. Hierbei gab er einen Schuß, anscheinend in die Luft, ab. Er wurde nach der Wache Schießstand sistiert. Bei der Durchsuchung nach Waffen fand man einen Trommelrevolver und einen Schlagring. Da auch der Verdacht besteht, daß er falsche Papiere bei sich führt, wurde er zur weiteren Veranlassueg dem Polizeipräsidium zugeführt.

* **Durchgänger.** Gestern vormittag kam ein führerloses Gespann aus der Richtung Große Ulrichstraße über den Markt gerast. Das Gespann wurde von einem Polizeibeamten in Kleinschmieden aufgehalten und dem Besitzer übergeben. Personen wurden nicht verletzt. Sachschaden ist nicht angerichtet. Desgleichen ging gegen 12 Uhr mittags in der Richard Wagner Straße in Richtung Wettiner Platz ein Einspänner durch. In den Anlagen des Wettiner Platzes konnte das Gefährt zum Stehen gebracht werden.

Könnern. Neuwahl der Stadtverordneten. Wie die bürgerliche Presse meldet, sollen Ende September die Neuwahlen der hiesigen Stadtverordneten stattfinden. Der Bürgerverein hofft, durch eine Einheitsliste des Bürgerblocks die Mehrheit der Linken zu beseitigen. Die Arbeiterschaft wird ihm hoffentlich das Konzept verderben.

Aus der Provinz.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Zur besseren Durchführung aller Aufgaben haben wir den Gau Halle in Kreise eingeteilt, die meist das Gebiet eines Landratsamts umfassen. Die Ortsgruppen werden gebeten, sich immer erst an die Kreisleitung zu wenden, wenn sie Material oder Redner benötigen. Die Abrechnung der Beiträge erfolgt direkt mit der Gaukasse. Postscheckkonto Amt Leipzig Nr. 48214. Die Kreisvororte vermitteln nur alles Vereinsmaterial, Redner usw.

Adressen der Kreisleitungen.

Folgende Kreisleitungen sind vorläufig gebildet und folgende Adressen kommen in Betracht.

Für Halle und Saalkreis:
Vors.: Kamerad Prof. Dr. Waentig, Halle (S.), Advokatenweg 5.
Geschäftsführer: Kamerad Georg Petersdorff, Halle (Saale), Harz 42 (Fernsprecher 1029).

Für Kreis Delitzsch:
Vors.: Kamerad Max Knoll, Delitzsch, Bismarckstraße 12.

Für den Kreis Bitterfeld:
Vors.: Kamerad Zilm.
Geschäftsführer: Kamerad Paul Baum, Bitterfeld, Neue Straße 44 (Fernsprecher 581 bis 588).

Für den Kreis Mansfeld (Seekreis):
Vors.: Kam. Studienrat Domnik, Eisleben, Petristr. 3 I.

Für den Kreis Mansfeld (Gebirgskreis):
Vors.: Kamerad Otto Weiße, Hettstedt, Bahnhofstraße 2.

Für die Kreise Merseburg und Querfurt:
Vors.: Kamerad Reichstagsabgeordneter Richard Krüger, Merseburg, Lauchstaedter Straße 18.
Geschäftsführer: Otto Tünschel, Merseburg, Kurze Str. 4 (Fernsprecher 261).

Für den Kreis Sangerhausen:
Vors.: Kamerad Bürgermeister Artur Gründlich, Sangerhausen, Kornmarkt 10. (Fernsprecher 383.)

Für die Kreise Naumburg, Eckartsberga und Unstrutal:
Vors.: Kam. Wilhelm Schwenke, Naumburg, Lindenhof 3.

Für den Kreis Zeitz:
Vors.: Kamerad A. Lehmann, Zeitz, Schillerstr. 31 II.
Geschäftsführer: Kamerad Littwitz, Zeitz, Michaeliskirchplatz 8. (Fernsprecher 651.)

Für den Kreis Weißenfels:
Vors.: Kamerad Paul Saupe, Weißenfels, Gutenbergstraße 6. (Fernsprecher 596.)

Für den Kreis Torgau:
Vors.: Kamerad Max Franke, Torgau, Neustraße 13 (Fernsprecher 44).

Für den Kreis Liebenwerda:
Vors.: Kamerad Lehrer Wilh. Güldenpfennig, Wahrenbrück.
Geschäftsführer: Kamerad Gustav Schütt, Liebenwerda, Dresdner Straße.

Für den Kreis Wittenberg:
Vors.: Kamerad Karl Feustel, Piesteritz, Coswiger Str. 27.

Adresse der Gauleitung:

Kamerad Drescher, Halle, Harz 42. (Fernsprecher 1029.)

Für Zeitungsangelegenheiten, Berichte, Bekanntmachungen usw., Kamerad Dornblüth, Halle, Leipziger Straße 21. (Fernsprecher 1277.)

Der Kasseler Braunkohlenbergbau am Sterben.

Von **Paul Schneider** (Kassel).

Nachstehend geben wir einen Artikel des Genossen Paul Schneider (Kassel) wieder. Das darin Gesagte trifft größtenteils auch auf den Braunkohlenbergbau im Regierungsbezirk Merseburg zu.

Die Redaktion.

Im Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft kracht es zurzeit gewaltig. All das, was sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit so gewaltig aufblähte, schrumpft zusammen, windet und wehrt sich, um nicht zum Erliegen zu kommen. Auch in der Braunkohlenindustrie blieben diese Erscheinungen unter dem kapitalistischen Wirtschaftsregime nicht aus. Ueber das Maß des volkswirtschaftlichen Bedarfs entstanden neue Werke, auf diesen wurde lediglich Raubbau betrieben und für irgendwelche technischen Verbesserungen nichts getan, um nur die Profitrate nicht zu schmälern, und so gaben sich die Werke selbst der Konkurrenz preis.

Gegenwärtig tobt in der Braunkohle ein scharfer Konkurrenzkampf. Die im besten Flözverhältnis stehende rheinische Braunkohle (Uebertagebau bei einer Mächtigkeit von 80 bis 100 Meter), ausgerüstet mit den modernsten technischen Hilfsmitteln, muß für ihre Produktion neue Absatzgebiete haben. Da diese aber nur im Inland zu finden sind, versucht sie durch Kampfpreise die Absatzgebiete der anderen Reviere zu verdrängen.

Die unter bedeutend schwierigeren Verhältnissen (zum größten Teil Untertagebau) arbeitenden Randreviere, darunter ganz besonders das Kasseler Revier, können dagegen nicht aufkommen. Monatelang haben die einzelnen Belegschaften zwei bis drei Feierschichten verfahren. Beträgt doch der Absatz nach Angabe der Unternehmer für das Kasseler Revier 40 Prozent der Beteiligung. Das ist aber nicht nur auf die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage der anderen Industrie zurückzuführen, sondern auch auf die oben angeführten Ursachen.

Um nun dieser gewaltigen Konkurrenz ein Paroli bieten zu können, bleibt nichts anderes übrig, als den Preis abzubauen und sich so der rheinischen Konkurrenz anzupassen. Diese Lösung ist für die Herren im Bergbau schnell in dem Mittel gefunden:

„Preisabbau bedingt Lohnabbau!"

Damit fertig. So war es früher und so ist es heute. Henry Ford, der amerikanische Großindustrielle, schreibt treffend in seinem bekannten Werke: „Reduziert die Kosten durch tüchtige Geschäftsführung. Reduziert die Preise entsprechend der Kaufkraft. **Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig liederlichste Art,** um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, **die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abwälzen."**

Und an anderer Stelle sagt er: „Würde ich je vor die Wahl gestellt, entweder die Löhne zu drücken oder die Dividenden abzuschaffen, ich würde, ohne zu zögern, die Dividenden abschaffen."

Von solcher Denkungsart sind unsere Bergherren weit entfernt, und leider segelt das Reichsarbeitsministerium im Fahrwasser der Unternehmer. Das bezeugt der letzte Schiedsspruch nur zu deutlich, welcher einen Lohnabbau von 7½ Prozent bei einem bisherigen Schichtlohn von 3,70 Mk. in der Spitze vorsieht. Das bedeutet, daß der qualifizierte Bergarbeiter von nun an nur noch **3,35 Mk. bei 10stündiger Arbeit unter Tage erhält.** Doch scheint einigen Unternehmern das Gewissen zu schlagen; haben sie doch auf einem Aushang, welcher den Schiedsspruch bekannt gab, dazugefügt, daß sie bereit sind, bei höherer Förderung den alten Lohn weiterzuzahlen.

Die Wahrheit ist, daß eine ganze Reihe von Betrieben den Konkurrenzkampf nicht aushalten kann. Einmal aus den eingangs angeführten Gründen und ein anderes Mal, weil man einen viel zu großen Verwaltungskörper hat, der namentlich in den Spitzen sehr abbaubedürftig ist. Dazu nur ein Beispiel von vielen. Ein Werk mit 45 Arbeitern hat zur Verwaltung und Beaufsichtigung einen kaufmännischen, einen technischen Direktor, dazu zwei Steiger, einen Aufseher und zwei männliche Bureauangestellte. Da frage ich, in welchem Betriebe anderer Industrien würde ein solcher Apparat geduldet?

Die Wahrheit ist, daß, solange am Lohne der beteiligten Bergarbeiterschaft gedrückt werden kann, die Positionen einzelner Personen an leitender Stelle gehalten werden. Hört das auf, dann gehen diese krachen, und deshalb das Mitgefühl für die Arbeiterschaft. Sind sich doch die Herren einig, daß trotz Lohnabbau ein Teil der Werke zusammenbricht.

Die Wahrheit ist, daß ein Teil der Werke diese Situation auszunützen versucht, um zu billigeren Löhnen zu gelangen, um so noch einen Extragewinn zu machen. Der Arbeiterschaft ist es nicht möglich, die Angaben der Werksleitungen nachzuprüfen; wird doch den Betriebsräten alles vorenthalten, was eine Nachprüfung ermöglichen würde.

Deshalb ist es dringende Aufgabe der Regierung, die Angaben auf den einzelnen Werken unter Hinzuziehung von Sachverständigen aus der Arbeiterschaft nachzuprüfen. Es handelt sich um die Existenz von Tausenden von Bergarbeitern und ihrer Familienmitglieder.

Die Bergarbeiterschaft fordert die Verstaatlichung der Bodenschätze und damit der Gruben. Sie ist es überdrüssig, zum Spielball kapitalistischer Interessen gemacht zu werden. Im Interesse des Staates liegt es, daß nicht ganze Volksteile dem Verhungern preisgegeben werden. Sie wollen eine Kontrolle ihrer Arbeit und der daraus fließenden Gewinne durch von ihnen gewählte Vertrauenspersonen. Sie verlangen für die Betriebsräte eine Erweiterung des BRG. dahin, daß ihnen die notwendige Einsicht in den Betrieb gewährleistet wird, Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaft durch die Gemeinwirtschaft.

Deshalb ruft die treu zur Organisation haltende Bergarbeiterschaft den heute noch fernstehenden Kameraden zu: Lernt aus dem Vorhergegangenen der letzten Monate! Wollt Ihr nicht völlig ins Elend sinken, dann verdoppelt Eure Kräfte im Interesse unserer Ziele, auf daß der Menschheit eine bessere Zukunft blühe.

Hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Merseburg. Einbruch in eine Baubude. Ein Einbrecher drang in der Nacht zum 15. August in die Baubude der Merseburger Baugenossenschaft am Stadtpark und entwendete einen 10 Meter langen roten Wasserschlauch, sowie einige Arbeiterwäsche im Werte von 40 Mark.

Merseburg. Eine blutige Schlägerei entwickelte sich am Sonntagabend im Gasthaus Meuschau. Dabei wurde ein Schupobeamter dermaßen zugerichtet, daß er nach Anlegung eines Notverbandes in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Wer Anlaß zu dem Vorfall gegeben hat, läßt sich bei den widersprechenden Aussagen nicht völlig aufklären.

Sangerhausen. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde beim Roßschlächter und Pferdehändler Lüttich ein Einbruch verübt. Es wurde ein Kleiderschrank vollständig ausgeräumt und sämtliche darin befindlichen Kleidungsstücke mit-

---

Die eiserne Flut.

(Ein Metallarbeiterroman.)

Von **Paul Täumel** (Halle).

1. Teil.

5] (Nachdruck verboten.)

Denn nur ausreichende Nahrung und für alle die gleiche Möglichkeit, an den Freuden des Lebens und den Schöpfungen der Menschen teilzuhaben, konnten nach seiner Auffassung das persönliche Glück des Einzelnen gewährleisten. Dafür wollte er sich einsetzen, wenn es sein sollte, bis zur Selbstaufopferung.
gütern zu einem siegreichen zu machen, denn nur ausreichende Nahrung und für alle die gleiche Möglichkeit, an den Freuden des Lebens und der Schöpfungen der Menschen teilzuhaben konnten nach seiner Auffassung das persönliche Glück des Einzelnen gewährleisten. Dafür wollte er sich einsetzen, wenn es sein sollte, bis zur Selbstaufopferung.

II.

Schon lange vor Beginn der regulären Arbeitszeit um 6 Uhr morgens zeigen sich die Merkmale, daß die große Fabrik zu ihrem tagtäglichen Leben erwachen will. Schon früh um 5 Uhr kommen die Kesselheizer, später die Maschinisten, dann die Elektriker, und von ¾6 Uhr an ergießt sich, fast unaufhörlich scheinend, ein Strom von Menschen durch die geöffneten Tore in das Werk, um nach dem Ertönen der heulenden Sirenen ein jähes Ende zu finden. Ununterbrochen ertönen an den Kontrolluhren die kurzen grellen Glockentöne, die Bestätigung, daß der Eintretende von jetzt an bis zum nächsten Male seine Arbeitskraft und damit seine Lebenszeit an einen anderen verkauft.

Als Karl Neuringh zum letzten Male an diesem Morgen seine Karte stempelte, verließ gerade der Metallbodenarbeiter Schöning, der hohnvolle Rufer vom vorigen Abend, das neben dem Eingang liegende Verwaltungsgebäude. Ein kaum bemerkbares giftiges Lächeln verzerrte für einen Augenblick sein Gesicht und ebenso lange stockte sein Fuß auf den Treppenstufen, als er den zukünftigen neuen Verbandsangestellten an der Kontrolluhr erblickte. Es war ihm unangenehm, gerade diesem zu begegnen.

Neuringh war aber viel zu sehr mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt, voraussichtlich zum letzten Male hier am altgewohnten Fleck an der Werkbank zu stehen, als daß ihm das Auftauchen Schönings aus dem Verwaltungsgebäude noch vor Beginn der täglichen Arbeitszeit aufgefallen wäre. Sein Blick umfaßte noch einmal die ausgedehnten Anlagen des Werkes; die Montagehallen, die Schlossereien, Drehereien, die Schmieden, die Tischlerei, die Eisengießerei. Er begab sich sogar auf einem Umweg an seinen Arbeitsplatz, um noch einmal an den kleineren Abteilungen vorbeizukommen, die der Blick nicht gleich vom Eingang aus erreichte. Er prüfte sich und dachte daran, wenn er später einmal in anderem Auftrage diese Höfe und Räume durchschreiten würde, als Vertreter einer stark organisierten Arbeiterschaft mehr Einfluß auf die Entwicklung der Dinge, die sich auf diesem Stück Erde abspielte, ausüben zu können. Den Versuch wollte er machen, das stand bei ihm fest. Als aber nach dem Heulen der Sirenen der gewaltige Rhythmus der Arbeit einsetzte, in den Anfängen zwar noch oftmals stockend und unregelmäßig, dann aber immer mehr sich steigernd zu gleichmäßig brausender Kraft, da wurden seine Gedanken wieder auf die altgewohnte Werkstattarbeit gelenkt.

Als kaum die Frühstückspause vorbei war, erlebte er eine Ueberraschung. Ein junger Buchhalter kam mit der Aufforderung, zur Direktion zu kommen. Nun wäre das weiter nichts auffallendes gewesen, denn durch das Werkstattelephon war er in den Jahren schon oft genug zu einem der Direktoren gerufen worden, zum technischen sowohl wie zum kaufmännischen. Teils hatte das seinen Grund in der Art seiner Arbeit; obwohl er es so weit wie möglich zu vermeiden suchte, war er doch genötigt, dann und wann auswärts eine Montage auszuführen, teils mußte er als Mitglied des Arbeiterausschusses Forderungen und sonstige Anliegen der Arbeiterschaft vertreten. So war er in den Direktorenzimmern und mit den Gepflogenheiten seiner Inhaber nicht unbekannt. Auffällig war es heute nur, daß man ihn durch einen Boten holte und dieser ihn gleich in das Zimmer des Generaldirektors, des Allgewaltigen, führte.

Dieser oberste Leiter des Werkes hatte es ausgezeichnet verstanden, trotz der von ihm mit Zähigkeit erstrebten straffen Arbeitstechnik und einer fast maßlos gesteigerten Arbeitsleistung der Belegschaft, sich mit dem Nimbus eines liberalen, menschen- und arbeiterfreundlichen Industrieherren zu umgeben. Denn alle rigorosen Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft mußte zunächst der technische Direktor mit seinem Stab von Abteilungsingenieuren und Werkmeistern vertreten. Bei in der Folge dann auftretenden Differenzen konnte er sich damit die Möglichkeit einer mildernden Stellungnahme zu den einzelnen Mißhelligkeiten offenhalten, und da er tatsächlich in den letzten Jahren seine, doch von ihm veranlaßten oder gebilligten strengen Anweisungen in nebensächlichen Dingen gemildert hatte, als der Arbeiterausschuß sich beschwerdeführend an ihn wandte, so hatte das eben dazu geführt, ihm diesen Schimmer eines zugänglichen Menschen zu verleihen, der keinen Stein anstatt des Herzens in der Brust trüge.

Als Neuringh in das elegant ausgestattete Zimmer eintrat, fand er die hohe massive Gestalt des Direktors vor dem breiten geschnitzten Schreibtisch thronen. Der Schreibtisch stand der Tür gegenüber, das volle Gesicht des am Tisch Sitzenden, mit der breiten, etwas eckigen Stirn und den grauen scharfblickenden Augen war dem einströmenden Licht abgewandt, während dieses voll auf den Eintretenden flutete und er somit den prüfenden Blicken uneingeschränkt ausgesetzt war.

Ein Wink bedeutete Neuringh näherzutreten.

„Nehmen Sie sich einen Stuhl." Diese Aufforderung war die zweite Ueberraschung für Neuringh. Seine Gedanken machten in diesem Augenblick einen Sprung um einige Jahre rückwärts, als er das erstemal mit noch einigen Mitarbeitern in diesem Zimmer verhandelte. Sie verlangten damals die Zurücknahme einer allgemeinen Akkordreduzierung, und als sich die Verhandlungen in die Länge zogen, nahm eines der Kommissionsmitglieder, ein Former, in einer Anwandlung von angeborener Rücksichtslosigkeit von selbst einen Stuhl und setzte sich, denn die Kommission mußte stehend verhandeln, während der Direktor, wie jetzt gleichfalls, an einem Schreibtisch thronte.

Damals hätte der Direktor nur einige Male auf den Knopf einer Klingel gedrückt und zu den beiden eintretenden Boten, auf den Former deutend, gesagt: „Werfen Sie diesen Mann hinaus!" Der Former war auch im Augenblick draußen. Die vier anderen Kommissionsmitglieder waren von diesem Vorgang, der sich blitzschnell abspielte, vollständig überrascht. Erst als sie sich einige Augenblicke ratlos angesehen hatten, keimte in ihnen die Empörung auf. Doch der energische Mann am Schreibtisch blieb Herr der Situation. Geschickt gab er der Verhandlung eine andere Wendung, indem er einige Zugeständnisse machte, welche die Akkordreduzierungen nur in beschränkterem Umfange Wirklichkeit werden ließen. So endete diese Verhandlung, die durch den Vorfall sich zu einer Katastrophe gestalten konnte, mit einem beiderseitigen Vergleich.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240820l-18/fragment/page=0006

genommen. Vor Ankauf der leicht erkenntlichen Kleidungsstücke wird gewarnt; zugleich wird gebeten, bei Wahrnehmungen der Polizei Kenntnis zu geben.

Brehna. Schwarz-Rot-Gold. Auch in unserem Orte konnte am 18. August zur Gründung einer Ortsgruppe geschritten werden. Nach einem einleitenden Referat des Kamaraden Baum (Bitterfeld) meldeten sich sofort 20 Kameraden an. Von diesen macht es sich jeder zur Pflicht, zur nächsten Versammlung zwei neue Mitglieder zu werben. Zum Vorsitzenden wurde Kamerad Ziegler und zum Kassierer Kamerad Stein gewählt, welche jederzeit Neuanmeldungen entgegenehmen.

Delitzsch. Bildungsarbeit. Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung soll das Winterhalbjahr der Bildung der Parteigenossenschaft dienen. Es sind eine Reihe von Vorträgen festgelegt worden, welche über die aktuellen politischen Fragen die notwendige Aufklärung geben sollen. Auch für die grundsätzliche Aufklärung der Mitglieder sind eine Reihe von Vorträgen vorgesehen. Am Freitag, dem 22. August, wird der Genosse Buhle in der Mitgliederversammlung einen Vortrag über das Dawes-Abkommen halten. Bei der Wichtigkeit dieses Vortrages ist es notwendig, daß alle Genossen und Genossinnen pünktlich in der Versammlung erscheinen. Auch die „Volksblatt"-Leser und Freunde unserer Organisation sind eingeladen. Die Versammlung findet Freitag abend pünktlich 1/29 Uhr statt. Genossen, sorgt für starken Besuch.

Golpa. Hochwasser als Verkehrshindernis. Der Freitag morgen von Oranienbaum kommende Personenzug der Zschornewitzer Kleinbahn konnte von Möhlau nicht weiterfahren. Die Mitfahrenden mußten aussteigen und den Weg nach Golpa zu Fuß zurücklegen. Von dort wurden sie dann weiterbefördert. Durch den anhaltenden Regen in der vergangenen Nacht war der Bahnkörper zwischen Möhlau und Golpa an mehreren Stellen unterspült. Die Bahnlinie führt dicht an der Golpaer Kippe entlang. Das hat zur Folge, das sich die Regenmengen mit großer Wucht die Kippe herunter gegen den Bahndamm stürzten und ihn unterhöhlten.

Wittenberg. Der falsche Hutdoktor. Mehrere Kartons mit alten Herren- und Damenhüten, die vor längerer Zeit auf der hiesigen Güterabfertigung zur Lagerung abgegeben und bisher nicht abgeholt worden waren, sind jetzt von der Polizei beschlagnahmt worden. Ein Schwindler, der sich Hans Wüster nannte und Vertreter einer Dresdener Firma sein wollte, hatte gegen Anzahlung Hüte zum Modernisieren angenommen. Die betreffenden Hüte können von Interessenten bei der Kriminalpolizei in Empfang genommen werden.

Mühlberg. Hundesperre. Ueber Mühlberg mit Wendisch-Vorschütz, Fichtenberg, Boragk, Altenau, Köttlitz und Gutsbezirk Vorschütz ist die Hundesperre bis zum 12. November 1924 verhängt worden.

Mühlberg. Die Leiche des vor einigen Tagen in der Elbe ertrunkenen Töchterchens des Steuermanns Specht aus Mühlberg wurde in Pratzschwitz aus der Elbe gezogen und alsbald auf dem Friedhof in Pirna beerdigt.

Wahrenbrück. Ein sehr bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der gestrigen Abendstunde vor dem hiesigen Schützenhaus. Des Nachmittags war eine Zigeunertruppe angekommen, welche hier mehrere Tage bleiben wollte, um Vorstellnngen zu geben. Als nun bei einem Regenschauer der Vater und der neunjährige Sohn die beiden noch im Freien befindlichen Pferde unter Dach bringen wollten, wurde das Pferd, welches der Sohn sehr lang am Zügel führte, übermütig, schlug aus und traf den Jungen so unglücklich an die rechte Kopfseite, daß die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der herbeigerufene Arzt ordnete sofort die Ueberführung in ein Krankenhaus an und noch des Abends wurde der Verletzte mittels Auto in das Krankenhaus Torgau gebracht, wo er sofort einer Operation unterzogen wurde. Der Zustand des Knaben ist sehr ernst und an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Die besorgten Eltern sind noch in derselben Nacht nach Torgau aufgebrochen, um in der Nähe ihres schwerverletzten Kindes zu sein.

Grünewalde. Ueber angebliche Felddiebstähle in hiesiger Flur orakelt das „Liebenwerdaer Kreisblatt". Den Behörden, welche der Sache nachgingen, ist nichts bekannt, auch nichts gemeldet worden. Neuerdings werden die diesbezüglichen Berichte vom Kreisblatt als nicht zutreffend widerrufen. Man hat wieder einmal das Gras wachsen hören. Wir erachten es für unangebracht, über Flurdiebstähle zu schreiben, wenn solche nicht stattgefunden haben. Durch eine derartige Berichterstattung wird nur Unruhe in die Bevölkerung getragen. Unseres Wissens ist der im Ort bestehende Flurschutz sehr wohl seiner Aufgabe gewachsen.

Ortrand. Zwei Scheunen abgebrannt. Am Montagnachmittag wurde die freiwillige Feuerwehr telephonisch nach Heinersdorf gerufen. Hier war beim Dreschen, jedenfalls durch Selbstentzündung der Maschine, ein großes Feuer entstanden, das in kurzer Zeit die mit Korn und Heu gefüllten Scheunen der Landwirte Günther und Kittler fast gänzlich zerstörte.

Ortrand. Vorsicht vor Kreuzottern. In letzter Zeit sind auch in unseren Wäldern verschiedentlich Kreuzottern beobachtet worden. Erst vor einigen Tagen wurden drei junge Kreuzottern, die unter einem Holzhaufen in den Waldungen beim Bärhaus versteckt lagen, von den Holzfahrern erschlagen. Schon dieser eine Fall dürfte Holz- und Pilzsucher zur ganz besonderen Vorsicht ermahnen und jeden Waldwanderer auffordern, mit allen Mitteln zur Vernichtung der Kreuzottern beizutragen.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 20. August.

Wochenhilfe.

Endlich, nach fast einem Jahr, hat die Verordnung über Wochenhilfe vom 18. August 1923 durch die neue Verordnung vom 31. Juli 1924 eine Abänderung erfahren, die mit dem 1. August d. J. in Kraft getreten ist. Nach der früheren Verordnung waren die Leistungen nach der Reichsrichtzahl zu berechnen. Sie waren so gering, daß sie als Wochenhilfe kaum noch angesprochen werden konnten. Entbindungsgeld, Wochen- und Stillgeld, alles zusammen machte einen Betrag von 23 bis 27 Goldmark aus. Die neue Verordnung schreibt neben freier ärztlicher Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird, einen Mindestbetrag von 81,75 Mk. vor. Eine wesentliche Aenderung der sonstigen Bestimmungen über Wochenhilfe, wie diese bisher bereits bestanden, ist durch die neue Verordnung nicht herbeigeführt worden. Die Wochenhilfe erhalten weibliche Versicherte, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate hindurch, im letzten Jahre vor der Niederkunft aber mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei dem Reichsknappschaftsverein gegen Krankheit versichert gewesen sind. Die Leistungen sind:

1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich ist;
2. einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe von 25 Mk.; findet eine Entbindung nicht statt, so sind zu den Kosten der Schwangerschaft 6 Mk. zu zahlen;
3. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindesten 50 Pfg. täglich, für vier Wochen vor und sechs zusammenhängende Wochen unmittelbar nach der Entbindung. Das Wochengeld für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig;
4. solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens bis zum Ablauf der zwölften Woche, täglich 25 Pfg.

Die Familienwochenhilfe ist beibehalten worden. Es sind bei dieser dieselben Leistungen zu gewähren; dabei beträgt das Wochengeld 50 Pfg. und das Stillgeld 25 Pfg. täglich.

Die frühere Verordnung über Wochenfürsorge, die solchen unbemittelten Wöchnerinnen geleistet wird, die weder auf Grund der Pflicht- oder Selbstversicherung Wochenhilfe oder nach den Bestimmungen über Familienwochenhilfe Leistungen erhalten, ist durch die Verordnung über Fürsorgepflicht vom 13. Februar d. Js. mit dem 31. März 1924 aufgehoben worden. Nach dieser Verordnung ist die Leistung der Wochenfürsorge den Bezirksfürsorgeverbänden zugefallen. Die Anträge auf diese Leistungen sind für die ländlichen Bezirke bei den Kreiswohlfahrtsämtern und bei den kreisfreien Stadtgemeinden bei diesen zu stellen. -s.

Helfta. Typhus. In der Familie Rabisch ist seit einigen Wochen der Typhus ausgebrochen. Bis heute sind fünf Kinder in das Städtische Krankenhaus eingeliefert.

Siersleben. Regenmenge. Die beiden Regentage am Donnerstag und Freitag ergaben im hiesigen Orte die enorme Regenhöhe von 71,3 Millimeter. Das ist eine Niederschlagsmenge, die sich im ganzen vom 1. Januar bis 16. April d. J. ergeben hat, oder fast ebensoviel, wie zusammen im Monat Mai und Juni dieses Jahres gefallen ist.

Gerbstedt. Vermißt. Der Schmiedelehrling Fritz Lüdicke, geboren am 15. Januar 1909, hat sich am 6. August aus seinem Elternhause entfernt. Er ist von auffallend kleiner Statur und war bekleidet mit einem neuen blauen Schlosseranzug. Er soll vor einigen Tagen in Thaldorf und Polleben gesehen worden sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er planlos in der Umgegend umherirrt. Mitteilungen über etwaigen Aufenthalt des Lüdicke nimmt jede Polizeiverwaltung und jedes Landjägereiamt entgegen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Achtstundentag.

Internationale Arbeitsministerkonferenz in Kopenhagen.

„Socialdemokraten", unser dänisches Parteiblatt in Kopenhagen, berichtet aus London, daß MacDonald und Herriot beabsichtigen, eine Konferenz zusammenzurufen, auf der auch der englische, französische, belgische und deutsche Arbeitsminister anwesend sein sollen. Das Programm soll eine **Aussprache über den Achtstundentag bilden.** In eingeweihten Kreisen glaubt man, daß die Konferenz, die an einem neutralen Orte stattfinden soll, in Kopenhagen abgehalten wird.

Das Kesseltreiben der deutschen Unternehmer gegen den „schematischen" Achtstundentag und seine Verdrängung durch das zwölfstündige Zweischichtensystem schädigt, wie das Schreiben des tschechoslowakischen Sozialministers an den englischen Arbeitsminister Tom Shaw zeigt, nicht nur die deutsche Arbeiterschaft, sondern die Arbeiterschaft aller Kulturländer. Die Großindustriellen der anderen Länder lassen sich von ihren deutschen Konkurrenten nicht lange mit dem Zwölfstundentag auf der Nase tanzen. Sie führen den Zwölfstundentag ebenfalls ein und holen so den „Vorsprung", den das deutsche Unternehmertum zurückgemacht hat, wieder ein. Die deutsche „Wirtschaft" gewinnt dabei nichts, die deutschen Unternehmer nicht allzu viel und die deutsche Arbeiterschaft soll dann noch mehr bedrückt werden, um durch Hungerlöhne bei langer Arbeitszeit dem Unternehmertum zu erneuter „Konkurrenzfähigkeit" zu verhelfen, zu einem weiteren „Vorsprung". Diesem munteren Spiel ein Ende zu machen, ist in erster Linie Sache der deutschen Arbeiterschaft.

Bei Ford wird nur fünf Tage gearbeitet.

Henri Ford hat diesen Sommer für seine Angestellten die Arbeitsdauer auf fünf Tage in der Woche herabgesetzt. Er bringt kein finanzielles Opfer, indem die verkürzte Arbeitszeit auf den Sommerurlaub der Angestellten angerechnet wird. Außerdem erfolgte jetzt in der Automobilindustrie, die allerdings nur einen Teil der Fordschen Betriebe darstellt, ein Abflauen der Konjunktur. Demzufolge ist der Neuerung keine grundsätzliche Wichtigkeit beizumessen. Beachtenswert ist dagegen die Erklärung Henri Fords, dieses bedeutenden Wirtschaftsorganisators, laut welcher eine fünftägige Arbeitszeit der Angestellten für jeden Industriebetrieb vollkommen genügen muß.

Fascismus und Streik in Italien.

Ueber die neue Streikbewegung, die an verschiedenen Orten zum Teil unter Führung der Fascisten sich bemerkbar macht, schreibt „Mondo": Der Appell Mussolinis an die Industriellen, denen er 300 Millionen Lire Kriegsgewinne geschenkt hat, ist offenbar fruchtlos geblieben. So ist jetzt wieder eine Streikbewegung im Gange, trotz der Bemühungen der fascistischen Regierung, die eine Unterbrechung der industriellen Tätigkeit zu verhindern sucht. Die soziale Wirklichkeit ist eben stärker als alle Konferenzbeschlüsse. **Die Regierung stehe vor der Wahl, entweder die Arbeiter oder die Unternehmer zu unterstützen,** denn der Fascismus habe den Standpunkt der Neutralität abgelehnt.

Der Streik der Bergarbeiter im Braunkohlenrevier Valdarno dauert fort. Mussolini hat die fascistischen Führer der Bergarbeiter empfangen und hat ihnen seine Befriedigung ausgedrückt über die Disziplin der Arbeiter und über die solidarische Unterstützung, welche den Streikenden von allen fascistischen Organisationen zuteil wird.

Generalstreik der belgischen Bergarbeiter.

Der am Montag im Bergwerksrevier von Mons ausgebrochene Bergarbeiterstreik hat heute zum Generalstreik geführt. Große Züge von Streikenden, mit Musik an der Spitze, ziehen von Ort zu Ort. Im Arbeitsministerium zu Brüssel sind Verhandlungen mit den Streikenden eingeleitet worden.

Artistenstreik in Hamburg. Die Artisten sind vor Beginn der Vorstellung an die Varietébesitzer herangetreten und haben die Anerkennung ihrer Forderungen verlangt. Während eine Anzahl die Bedingungen sofort anerkannte, verweigerten die meisten die Unterschrift. Daraufhin traten die Artisten in diesen Unternehmungen in den Streik. Der Aktionsausschuß der streikenden Artisten hofft indessen, daß die bestreikten Unternehmer bald nachgeben werden.

Aus aller Welt.

Im Luftschiff über den Ozean.

Vor der Abfahrt des Riesenluftschiffes Zeppelin.

Meldungen der Blätter aus Friedrichshafen zufolge findet heute eine offizielle Besichtigung des Amerika-Zeppelins durch die Presse statt. Die Füllung des Luftschiffes schreitet stetig fort, ist aber insofern mit Schwierigkeiten verbunden, als der Gasometer nur für 20 000 Kubikmeter Wasserstoffgas gebaut ist, während das Luftschiff 70 000 Kubikmeter faßt. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Tageblatt" erklärte der Erbauer des Luftschiffes Dr. Eckner, daß er mit Zuversicht der Ueberfahrt des Luftschiffes nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika entgegensehe. Die von dem Luftschiff zurückzulegende Strecke betrage 7000 Kilometer, die das Schiff im günstigsten Falle in 40 bis 50, im ungünstigsten in 90 bis 100 Stunden zurücklegen dürfte.

Verhaftung zahlreicher Werksdirektoren.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Kattowitz verhaftete die Polizei den Oberbergrat Desert, Direktor Pitz, den Prokuristen Schwarzer und den Verwaltungsinspektor Schmidt, sämtlich von den Hohenlohewerken. Außerdem wurde aus dem Sitzungssaal des „Berg- und hüttenmännischen Vereins" heraus Generaldirektor Schmidt von der Giesche-Aktiengesellschaft verhaftet. Die Polizei hat bei den Hohenlohewerken wichtige Akten und Bücher beschlagnahmt.

Wie nennt man diese Schmach?

In Mons ist auf Weisung der Interalliierten Rheinlandkommission ein belgischer Offizier verhaftet worden, der eine große Summe zum Schaden der französisch-belgischen Eisenbahnregie unterschlagen hat und dann mit der Frau eines deutschen Kaufmanns nach Belgien abfuhr. Der Offizier und seine Begleiterin wurden verhaftet, als sie mit dem Auto vor einem Hotel in Mons vorfuhren. Man fand bei ihnen die unterschlagene Summe. Der Offizier ist Familienvater.

Der Stahlhelm kauft Mörder frei.

Der rechtsradikale Großkaufmann Hoffmann aus Leipzig, der im Mai im Laufe einer scharfen Auseinandersetzung seinen Hausmann erschossen und seine Frau durch mehrere Revolverschüsse schwer verletzt hatte, war gegen Stellung einer Kaution von 5000 Mk. aus der Haft entlassen worden. **Diesen Betrag soll sein Rechtsbeistand, der bekannte Rechtsanwalt Melzer, der ihm anvertrauten Kasse des Leipziger Stahlhelms entnommen haben.** In zahlreichen Protestversammlungen aller Parteien wurde übereinstimmend erklärt, daß eine solche Verwendung von Geldern, die zu ganz anderen Zwecken gegeben worden seien, im Interesse eines Mordes zu verwerfen sei. Andauernde Eingaben aller Parteien haben jetzt erreicht, daß Hoffmann, der sich vorübergehend in Berlin aufhielt, auf Ersuchen der Leipziger Staatsanwaltschaft wieder verhaftet worden ist.

Das Bootsunglück der württembergischen Minister.

Stuttgart, 20. August. Zum Bootsunglück der württembergischen Regierung auf dem Bodensee wird noch bekannt: Nach Tiefenmessungen in der Bucht von Seemoos und Auffsuchen der 200 Meter tiefen Stelle, der sogen. „Tiefen Schweb" mittwegs zwischen Friedrichshafen und Romanshorn machte die zurückkehrende Motorjacht „Staufen" eine kurze scharfe Wendung und legte sich auf die Seite, wobei von den (über die Höchstbelastung hinausgehenden) achtzehn Personen zehn ins Wasser fielen. Wäre das Deckgeländer nicht gebrochen, so wäre das Boot vollständig umgekippt und alle achtzehn wären ins Wasser gefallen, was eine Katastrophe bedeutet hätte, da die meisten von ihnen ertrunken sein würden. Nur die als gute Schwimmerin bekannte Frau des Landtagsabgeordneten Hartmann konnte sich aus eigener Kraft retten, die anderen mit Ausnahme des ertrunkenen Ministerialrats Linder wurden durch den sozialdemokratischen Gemeinderat Mebold aus Friedrichshafen und den Meisterschwimmer Goettling aus Ludwigshafen gerettet.

Eine ungewöhnliche Demonstration fand kürzlich in Kopenhagen statt. Mehr als 3000 Mieter eines großen Gebäudekomplexes zogen mit Musik und Standarten, die vielfach drastische Inschriften trugen, nach der Wohnung des Direktors Jonsen, des Besitzers der Grundstücke, um ihrer Mißstimmung über sein Verhalten anläßlich der letzten Mieterhöhung Ausdruck zu geben, bei der der Herr Direktor die Instandsetzung der Wohnungen zwar feierlich versprochen, bisher aber es unterlassen hat, sein Versprechen einzulösen. Vor allem wurde energisch die — Neutapezierung der Zimmer gefordert. Allerdings hatte Direktor Jonsen von der Demonstration Nachricht erhalten und es vorgezogen, aus Kopenhagen zu verschwinden.

Die Landbundgröße und der milde Staatsanwalt. Der Gutsbesitzer Hugo Gräfe aus Walschleben hatte sich kürzlich vor dem Amtsgericht Erfurt wegen grober Beleidigungen des Gemeindevorstehers seines Ortes, des Regierungspräsidenten und des Reichspräsidenten zu verantworten. Die beleidigenden Aeußerungen waren gefallen in dem Erfurter Gasthofe „Zur hohen Lilie". Während der Staatsanwalt nur eine Geldstrafe von 200 Goldmark beantragt hatte, verurteilte das Gericht den Gutsbesitzer zu einer viermonatigen Gefängnisstrafe.

Die Gräfin mit den langen Fingern. Vor einigen Wochen bemerkte man in einem Hotel in Nizza, daß dort Bettücher in großem Maßstabe verschwanden. Nachdem alle Nachforschungen zu keinem Resultate geführt hatten, versteckte sich die Besitzerin des Hotels selbst im Zimmer neben der Wäschekammer. Nach Mitternacht wurde die Tür leise geöffnet und in die Wäschekammer huschte die Gräfin Toulouse Lautrec. Es stellte sich heraus, daß die Gräfin seit langem von Hoteldiebstählen lebt. Allerdings hatte sie früher nur Kleinigkeiten entwendet. Dadurch, daß sich niemals der Verdacht auf sie gelenkt hatte, war sie kühner geworden und hatte die Diebstähle „großzügiger" betrieben.

Vom Blitze erschlagen wurde ein Landwirt, der mit seinen beiden Kindern vor dem Regen Schutz unter einem Baum gesucht hatte. Der eine Sohn wurde gelähmt, der andere erlitt Brandwunden.

Aus der Arbeitersportbewegung.

Arbeiter-Sportkartell.

Alle Vereine haben ihre technischen Leiter zum Einüben der Freiübungen am Donnerstag, dem 21. August, auf den Fichteplatz zu senden. Bei schlechtem Wetter ebenfalls um 6½ Uhr am Freitag in die „Volkspark"-Turnhalle. Der technische Leiter.

A. S. C. Halle.

Resultat vom Sonntag, dem 17. August; ASC. I. — Radewell I. 1:1. — Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, findet die fällige Monatsversammlung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung hat jeder Sportgenosse pünktlich zu erscheinen. — Sonntag, den 24. August spielt I. und II. in Reideburg um 4 Uhr und 1/23 Uhr. I. Mannschaft spielt wie folgt: Herkner, Schütze, Döring, Franke II, Franke I, Harre, Kretzschmann, Knöchel, Knoch, Brode, Schaaf. II. Mannschaft wird aufgestellt in der Versammlung. II. trifft sich um 1 Uhr, I. um 2 Uhr Mosteck.

Arbeiter-Athleten-Bund, 5. Kreis, 2. Bezirk.

Am 24. August in Bitterfeld („Preußischer Hof") großer Wettstreit. Offen für alle Bundesmitglieder. Beginn der Kämpfe 8 Uhr vormittags. Umzug findet nicht statt, weil der Tag mit sportlichen Kämpfen ausgefüllt ist. Die bisherigen Anmeldungen lassen erkennen, daß die Erwartungen der Interessenten voll befriedigt werden. Anhänger des Athletik-Sportes, schließt Euch dem Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands an!

Keglervereinigung Volkspark. Spiele am Sonntag, dem 24. August. 1. Mannschaft gegen Radewell Frei Bahn von 8—1 Uhr. 2. Mannschaft gegen Radewell 1920 von 1—6 Uhr. Sonnabend, den 23. August, Treffen sämtlicher Kegelbrüder und Kegelschwestern abends 7½ Uhr im kleinen Saal des „Volkspark". Kegelklub Einigkeit sucht für Montagabends noch einige tüchtige Kegelbrüder. Zu melden beim Vorsitzenden Striegnitz.

Fichte, Halle. Freitag, in der Turnhalle des Volksparks, Turnstunde, anschließend eine Abteilungsversammlung der Turnabteilung. Sonnabend, 7 Uhr, in der Baracke, Vorturner und technischer Ausschuß. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft.

Turnverein „Fichte", Kinderabteilung. Sonntag, den 24. August, Ausflug nach Seeburg. Abmarsch, 6 Uhr früh, von der Peißnitzbrücke.

Wetter-Voransage.

Donnerstag: Abwechselnd heiter und wolkig, geringe Niederschläge, etwas kühl.

Freitag: Zeitweise aufheiternd, meist wolkig bis trüb, windig, Regenfälle, stellenweise Gewitter, nachts kühl, tagsüber etwas wärmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408201-18/fragment/page=0007

Kunst · Wissenschaft · Leben

Das Märchen vom Sonnenstrahl und den Tränen.

Von **Julius Zerfaß.**

Ein goldener Sonnenstrahl, der schon billionenmale mit seinen leuchtenden Lichtflügeln um die wunderlichsten Sterne gekreist war, kam auf seiner Reise wieder einmal zur Erde. Er hatte sich vorher auf dem Monde schon flüchtig aufgehalten und dort seltsame Dinge vernommen. Es erzählte ihm ein anderer Sonnenstrahl, mit dem er vor längerer Zeit schon in einem alten zerfallenen indischen Königsschlosse zusammengetroffen war, und der jetzt gerade von der bunten Erde zurückkehrte, daß er den merkwürdigen Planeten fast nicht wiedererkannt habe. Unser Sonnenstrahl wurde neugierig, er kürzte seinen Aufenthalt auf den eintönigen und kalten Mondbergen ab und flog eilends der Erde zu.

Und es begab sich dabei, daß er, genau wie er es gewünscht hatte, nicht auf dem großen einsamen Eismeer bei den tranigen Eskimos, auch nicht an dem allzusehr von Sonnenstrahlen wimmelnden Aequator oder in der blütenlosen Wüste Sahara landete, sondern direkt in dem schönen Europa, von dem man nicht selten hörte, daß es sich einbilde, gleichzeitig der Mittelpunkt der Welt zu sein. An dem würzigen Geruch, der emporstieg, merkte er, daß er dem Erdplaneten nahe war.

„Wie die Erde riecht,“ dachte er, „wie es so laut und lärmend zugeht, so unruhig.“ Er flog über schneebedeckte Berge einem lichten Abhange zu, auf eine Stelle, die ihm am ruhigsten und wohltuendsten erschien.

Ja, da war es wirklich ruhig, ruhiger als irgendwo, es waren gar nicht viele Menschen da, und die man sah, schienen in ihrem eigenen Schatten zu schreiten. Und er mußte daran denken, wie er einmal über einen schlafenden Garten voll Rosen und Zypressen geflogen war. In diesem Garten hatte er einen Mann gesehen, der grub und immerzu grub, so tief, daß man ihn kaum mehr sehen konnte. Als der Mann ein einziges Mal aufsah, bemerkte der Sonnenstrahl, daß er ein hartgefurchtes Gesicht hatte mit großen, wissenden Augen, die so weit und tief sehen konnten wie ein Stern oder gar ein Sonnenstrahl selbst.

Unser Sonnenstrahl hatte dem düsteren Manne tief in die Augen geblickt und wohl aufgehorcht, als dieser sagte: „Ich möchte nicht, daß ich in der Erde verfaule. Sage mir, lieber goldener Vogel, ob es wahr ist, daß die Seele auf einem Stäublein deines Flügels durch die Welt fliegt, wenn sie den schwerfälligen menschlichen Körper verläßt.“

Da hatte er diesen Mann, der nichts weiter als ein Totengräber war, liebreich angelächelt, so daß dieser plötzlich die Züge eines Kindes bekam, und war weitergeflogen.

Das war aber auch schon sehr lange her. Doch er mußte daran denken, als er sich die Menschen näher betrachtete. Er wollte beinahe traurig werden, aber da es doch seine schönste Eigenschaft ist, ernste Menschen fröhlich zu machen, überwand er sich. Da sah er im Weiterfliegen an einem kleinen Dachfenster hinter Geranien eine Mutter sitzen, die ihr Töchterlein auf dem Schoße hielt. Er eilte auf die beiden zu, spielte mit den meerblauen Augen des Kindes, streichelte seine runden Aermchen, liebkoste die mageren Hände und die blassen Wangen der Mutter und ihre sorgenvolle Stirne, hinter der ein trauriges Sinnen zu vernehmen war. Er wollte ihr die Geschichte von dem Stern erzählen, der sich einbildete, alle anderen Sterne, sogar die Sonne seien nur seinetwegen da; aber dies war eine lange Geschichte und er fühlte doch, daß diese Frau zu müde war, sie zu hören; so unterließ er es und flog in eine elfenbeinweiße Rosenblüte im nahen Gärtchen, wo er sich ausruhen wollte. Die Rose war noch jung und saß fest auf dem Reis, das voller kräftiger Knospen war. Der Sonnenstrahl kroch in ihr Innerstes und machte es sich zwischen den in voller Entfaltung begriffenen Staubfäden bequem. Fast wäre er, trunken von der schweren Süße, die die Blütenblätter ausströmten, eingeschlafen, als er eine flüsternde Stimme vernahm. Es war die Mutter, die zu ihrem Kinde also sprach:

Es war einmal ein Sommer, da waren die Tage so hell und schön, die Sonnenstrahlen hüpften vor Freude und die Rosen blühten, daß es eine Lust war. Alle Menschen waren so glücklich, bis sich eines Tages mitten in die tänzelnden Sonnenstrahlen schwarze Wolken zogen und alle Luft erstickten. Da gab es viele Menschen, die nicht mehr schlafen konnten, und die Kinder träumten, daß über Nacht die weißen Rosen blutrot und alles fröhliche Grün stechend gelb geworden sei. Aber niemand wußte recht warum, bis eines Tages in der Mittagsschwüle von den Bergen weithin schallende Trompeten bliesen, die Glocken Sturm läuteten, die Männer hinauseilten und die Frauen weinten. Es war ein Zittern und Beben in der Luft und ein Schreien und Zetern, als sei der jüngste Tag angebrochen. Es war, als hätte man alle Feuerberge der Welt mutwillig geöffnet und die Erde hätte sich tausend längst vernarbte schwere Wunden wieder aufgerissen, aus denen unerhörter Schmerz schrie und Blut strömte.

Da war auch ein Mann in den Krieg gezogen, mit Rosen geschmückt, mit blutroten Rosen. Und als er seine Frau und sein Kind, das ein Sonntagskind war, zum Abschied küßte, fielen Tränen auf die roten Rosen und siehe, sie wurden im gleichen Augenblicke weiß wie Blütenschnee. Und der Krieger, der dieses sah, freute sich darüber und sagte:

„Siehst du, der Schmerz wird nicht ewig sein. Ward uns doch das Zeichen an unserem Sonntagskinde! Sei tapfer und fröhlich! Dem Fröhlichen ist die Sonne freundlich gesinnt.“

Nach langem, langem Kriegsgetümmel kam der Mann zurück mit einem zerschossenen Auge und der Schmerz war groß. Er aber sprach: „Warum klagst du? Siehe, ich könnte beide eingebüßt haben. Besitze ich nicht noch meine starken Arme und Beine? Denke, es sind viele tausend Männer, die einen Arm auf dem Schlachtfelde ließen und sich sagen: Wie schätze ich mich glücklich, daß ich nicht beide verlor. Und es sind viele tausend Männer, die zufrieden sind, daß sie von beiden Füßen noch einen Fuß behielten. Sie alle sind so froh, daß sie noch leben, und sollten sie selbst ganz blind sein und die Sonne nicht mehr sehen können, so sagen sie: Wie reich bin ich, daß ich ihre Wärme fühle.“

So sprach er zu seinem Weibe und ging mit ihr und dem Kinde zu dem Stock mit den roten Rosen und er segnete die Rosen wiederum mit seinen Tränen. Dann wand er einen Kranz davon und drückte ihn seinem Kinde auf die Stirne. Und was geschah? Die roten Rosen fingen an zu brennen, ohne daß das Haar des Kindes Feuer fing, und als sie verglüht waren, war aus dem Kranze lebender Rosen ein eiserner geworden. Aber sobald die Sonne schien, wurde aus dem Eisen Gold, reines leuchtendes Gold. Nun sprach der Mann zu seiner Frau:

„Die Rosen sind von der Sonne gesegnet. Und die Tränen, die geflossen sind, werden alles rein waschen. Die Liebe wird alle Schuld ausgleichen, alle Traurigkeit vergessen machen. Unsere Kinder werden wieder fröhlich und glücklich sein, wie wenn all das Schwere nicht gewesen wäre.“

Das alles hatte der Sonnenstrahl mit angehört. Er flog nun fort, um seinen Schwestern von diesen wunderbaren Dingen zu erzählen. Aber er war noch nicht weit, als er auf einer Bank in der Sonne einen steinalten blinden Mann sitzen sah, der weltabgewandt in die Ferne starrte, indes eine Träne nach der anderen über seine zerfurchten Wangen lief.

Der Sonnenstrahl konnte sich nicht enthalten, zu fragen: „Warum bist du so traurig?“

„Muß ich nicht traurig sein?“ antwortete der alte Blinde. „Ich habe mich schon blind geweint und doch vermochten meine Tränen nicht, das grenzenlose Leid von der Erde zu spülen.“

„Kann ich dir helfen?“ fragte der Sonnenstrahl voll Mitleid und glitt ihm schmeichelnd über die zerfurchten Wangen.

„Vielleicht kannst du mich erlösen“, antwortete jener. „Nimm eine meiner größten Tränen und trage sie in deiner Mutter Schoß. Es wird ein Stern daraus erblühen, der Stern des Friedens. Zu diesem Stern werden die gequälten Menschen glänzig emporschauen, und alle Sonnenstrahlen werden einen fröhlichen Reigen um ihn führen.“

Und so lud der kleine Sonnenstrahl die dicke leuchtende Tränenperle auf seine goldenen Flügel und flog eilends davon. Und alle Menschen beten nun zu dem neuen Stern, den Stern des Friedens.

Der Bärengraben.

Von **Hans Wesemann.**

In Bern ist der bekannte Bärengraben, den man als fashionabler Reisender unbedingt gesehen haben muß. In einem in die Erde eingelassenen steinernen Trichter tummeln sich ein paar Bären, die das Wahrzeichen der guten Stadt Bern sind und deshalb auf Staatskosten hier ernährt werden, indem die Fremden sie füttern.

In der Mitte des Trichters steht eine abgestorbene Tanne, an der Petz hochklettert, wenn er gut gelaunt ist. Meistens aber liegt er auf dem Rücken und läßt sich mit Rüben und Obst bombardieren, die man ihm aber schon ins Maul werfen muß, wenn er sie sich genehmigen soll. Was daneben fällt, bleibt liegen; er ist zu faul, um sich danach umzudrehen. Beneidenswertes Schicksal! Ein Franzose sieht ihm zu und sagt dann lachend zu seiner Freundin: „Voyez, wie er sich langweilt ohne ein kleines Bärenweibchen! Man müßte ihm eine garconne geben. . . .“ Ein korrekter Engländer beäugt den Bären mit sachlichem Interesse, nachdem ihn sein Baedeker genügend instruiert hat. Und ein wackerer lieber deutscher Landsmann hält seiner wackeren, gleichfalls in Loden gekleideten Gattin einen Vortrag über die Lebensweise des Bären und erwähnt, daß es beiläufig zirka 60 verschiedene Bärenarten geben soll. Dann verwickelt er sich mit dem Schweizer Bärenwärter in ein langes Gespräch über Herkunft und Gattung des besagten Bären. Der aber, Schwyzer Bärenwärter, kann ihm nicht recht Rede und Antwort stehen, denn erstens versteht er kein „Schriftdütsch“ und zweitens muß er die Trinkgelder einkassieren, was bei der ganzen Sache die Hauptsache ist.

Rund um Ehrhardt.

Von **Erich Gottgetreu.**

In Halle gibt es einer alten Redensart zufolge Hallenser, Halloren und Halunken. Ob viel Halunken dort wohnen, weiß ich nicht, aber beträchtlichen Einfluß müssen sie im Hinblick auf den regen politischen Betrieb in dieser Stadt wohl ausüben. Wo anders verdirbt die Politik bekanntermaßen den Charakter, hier verderben Charakterlose die Politik. Die nicht bierbankhorizontal veranlagten Hallenser wissen schon, warum sie sich den Alsoboisten Vaihinger an ihre Universität verschrieben haben. . . .

Zu einem halbtägigen Aufenthalt nach Halle verurteilt, betrachtete ich resigniert das Schaufenster einer Musikalienhandlung. Und siehe da, inmitten aller kulturbestimmenden Operettenschlager fand ich das in Halle offenbar noch sehr zeitgemäße Ehrhardtlied. Das Deckblatt der pumpgenialen Komposition zeigte einen deutschen Reckenkopf mit Stahlhelm, Hakenkreuz und schwarzweißrotem Gebändel — hurra!

Rund um Ehrhardt herum aber wurde eine Huldigung in solcher Pracht veranstaltet, daß jeder bisher nicht vertonte Held vor Neid und Wut in die Opposition übergehen und schwarzrotgelbsüchtig werden könnte. Dekadente Tingeltangelfratzen schielten in Verzückung ihrem Liebling zu und schwelgten im Glanz ihrer poesieverkündenden Druckerschwärze:

„So schön wie du sind nur die Sterne, drum siehst du auch so himmlisch aus.“ (Der Recke schmunzelt.)

„Wo hast du nur die schönen blauen Augen her, so lieb, so treu, so rein?“ (Der Recke lächelt verklärt.)

„Sei mein, sei mein, und komm mit mir heim.“ (Der Recke strahlt vor Wonne.)

Was tut's, daß in einer Ecke sich Mißgunst zeigt: „Ausgerechnet Bananen“? Und daß wieder wo anders sogar offen rebelliert wird: „Daß sich die Leut nicht schamen“?

Oder sollten das etwa doch Symptome einer vaterlandslosen Gegenbewegung im Schaufenster sein, obwohl auch bei der patriotischen Reklame das erste Gesetz die Einheitsfront ist? Ich fürchte sehr, daß der Hund, der auf dem roten (!) Umschlag eines Heftes winselt, wegen Majestätsbeleidigung vor ein deutsch-tägliches Femgericht kommt, denn jedem sichtbar guckt der Hund zu Ehrhardt rüber und läßt alle lesen: „Wenn ich dich seh, dann muß ich weinen“.

Im allgemeinen sind Hunde unpolitische Wesen. Nur die Abart der „Bluthunde“ erfreut sich bei gewissen Parteizeitungen großer Beliebtheit. Aber wie man sieht, kann der völkische Heldenverehrungsfimmel sogar einem ganz gewöhnlichen Operettenhund über die Hundschnur (eine neue Erfindung, die eine geschickte Kombination zwischen Hutschnur und Hundeleine darstellt) gehen.

Ein musikalischer Versuch Tolstois mit Nachtigallen. Leo N. Tolstoi, der ein großer Naturfreund war, machte in seiner Jugend einmal einen hübschen Versuch, um das Musikhören der Vögel festzustellen. Er war gerade auf dem Lande, und in dem Garten, der sein Wohnhaus umgab, gab es zahlreiche Nachtigallen. Da machte es ihm nun Spaß, die Nachtigallen durch Klavierspielen anzulocken. Schließlich gelang ihm das auch. Ein Zufall hatte ihn darauf gebracht, und als er einmal bemerkte, daß die Vögel die Töne des Klaviers wahrzunehmen schienen, war er unermüdlich darin, Versuche anzustellen, sie durch Musik herbeizurufen. In einem Brief an seine Tante, die Gräfin Alexandra Tolstoi, vom 1. Mai 1858, erzählt er sehr anschaulich die zufällige Veranlassung seiner originellen Versuche: „Nach meiner Gewohnheit klimperte ich dieser Tage die Sonaten von Haydn, und darin sind Sexten. Plötzlich höre ich draußen und im Zimmer der Tante (sie hat einen Kanarienvogel) ein Pfeifen, Piepen und Trillern mitten durch meine Sexten. Ich höre auf, sie hören auf. Ich fange an, sie fangen an. (Zwei Nachtigallen und ein Kanarienvogel!) Ich verbrachte etwa drei Stunden mit dieser Beschäftigung.“ Auf diese Weise hatte er erkannt, daß die Vögel auf die Musik reagierten, und eben daraufhin führte er dann, wie gesagt, seine Versuche weiter, bis er tatsächlich die Nachtigallen durch die Musiktöne in seine Nähe locken konnte.

Die Schiller-Zimmer in Jena. Was Goethe bereits vor mehr als einem Jahrhundert anregte, wurde in den letzten Tagen ausgeführt: Man entzog das im Schutze der Universität Jena befindliche Schiller-Gartenhaus seiner gegenwärtigen Bestimmung als Assistentenwohnung und übergab es als Erinnerungsstätte der Oeffentlichkeit. Die Wände der kleinen Wohnung, in der seinerzeit der „Wallenstein“, die „Maria Stuart“, „Das Lied von der Glocke“ und fast sämtliche Balladen entstanden, sind in ihrer ursprünglichen Farbe gestrichen und nach dem Vorschlage Goethes die Danneckersche Schiller-Büste angebracht worden. Die Herrichtung des im Dachgeschoß gelegenen Arbeitszimmers des Dichters steht noch aus [illegible]

Ein unbekannter Brief Glucks.

Unter den interessanten Stücken, die der französische Sammler Malherbe der Bibliothek des Pariser Konservatoriums zum Geschenk gemacht hat, befindet sich auch ein ebenso langer wie bedeutungsvoller Brief Glucks, von dem leider die letzten Seiten fehlen, der aber auch in dem vorliegenden fragmentarischen Zustand des höchsten Interesses wert ist; gibt er uns doch einen Einblick in die Sorgen des Opernkomponisten. Er zeigt, mit welcher Gewissenhaftigkeit der Musiker seine Texte bearbeitete. Der Brief ist aus Wien vom 1. Juli 1775 datiert und an den Gesandtschaftssekretär du Roullet, dem späteren literarischen Mitarbeiter des Schöpfers der „Alceste“, gerichtet. Das Schreiben, das Gluck als einen Brief in drei Akten bezeichnet, wird durch eingehende Mitteilungen über Textänderungen der „Alceste“ eingeleitet. Es folgt der Entwurf eines abgeänderten Schlusses des Textbuches der „Alceste“, die Gluck mit dem großen Chor beschlossen haben will. „Nachher“, so schreibt er, „darf nichts mehr kommen, als etwa noch eine Chaconne für den Tanz. Dann Schluß. Denn es ist unmöglich, daß das Publikum nach dem, was es hörte, noch etwas genießen kann. Man sollte schon nach Iphigenie nichts weiter hören, und hier ist es noch etwas ganz anderes. Ich selbst werde fast wahnsinnig, wenn ich das Werk durchsehe. Die Nerven bleiben zu lange gespannt, und die Aufmerksamkeit ist vom ersten Wort bis zum letzten ununterbrochen gefesselt. Diese Oper gleicht einem Faß gefrorenen Weines, dessen Kraft, Geist und Blume in den Mittelpunkt zurückgewichen sind, und der vorzüglich, aber zu gehaltvoll ist, als daß man viel davon trinken könnte. Der erste Akt dauert nur 40 Minuten, der dritte bis zur Ankunft Apollos 20 Minuten. Die „Alceste“ wird also niemals eine füllende Oper sein, was ganz nach meinem Herzen ist. Wir werden sie geben, sobald ich angekommen sein werde. Wenn ich auf die Aufführung länger warten sollte, so würde mich das verrückt machen. Seit einem Monat läßt mich die Oper nicht mehr schlafen. Meine Frau ist verzweifelt. Es ist mir, als ob ich im Kopfe einen Schwarm von Bienen mit mir herumtrage, der ohne Unterlaß summt und brummt. Ich sage Ihnen, Opern dieser Art machen einem die Hölle heiß. Erst jetzt verstehe ich das kluge Verfahren der Quinault und Calzabigi, die es sich angelegen sein lassen, ihre Werke mit Nebenpersonen anzufüllen, um dem Zuschauer Ruhe zu gönnen und sich selbst einen Ruhepunkt zu schaffen. Eine solche Oper ist keine kurzweilige Unterhaltung, sondern für den, der sie hört, eine recht anstrengende Beschäftigung. Sie werden mir, wenn Sie sie gehört haben, den Eindruck mitteilen. Drängen Sie niemanden, mir weitere Opernbücher zu liefern, denn ich habe schon den Plan meiner dritten Oper fertig und werde sie mitbringen, wenn ich nach Paris komme. Ich vermeide es, Ihnen schon heute etwas über die Handlung zu verraten, weil Sie mich andern Sinnes machen könnten. Denn ich weiß nur zu gut, welchen starken Einfluß Sie auf meinen Geist ausüben und werde Ihnen deshalb über mein Werk erst Näheres sagen, wenn die Arbeit weit genug fortgeschritten sein wird, um mir ein Zurückgehen nicht zu gestatten. . . .“ Welches Werk mag Gluck bei dieser Andeutung im Auge gehabt haben? Sollte es etwa die „Armide“ gewesen sein? Möglich wäre es immerhin, und die Befürchtungen, die der Briefschreiber betreffs der Einwendungen seines Mitarbeiters wegen der Wahl seines Stoffes äußert, müssen diese Vermutung stützen.

Menschliches von Stendhal.

Wie schon kurz gemeldet, haben die italienischen Verehrer Stendahls an dem Haus, das der berühmte Schriftsteller als französischer Konsul in Civitavecchia bewohnt hat, eine Gedenktafel anbringen lassen. Es ist jetzt ungefähr dreißig Jahre her, daß Stendhal in seinem Vaterland in Mode gekommen ist, und neuerdings wird er auch in Deutschland viel gelesen, wie er selbst ja vorausgesagt hat, daß man seine Bücher erst im Jahre 1900 lesen werde. Die Stendhal-Literatur ist seitdem zu einer umfangreichen Sammlung gediehen, und die deutsche Gründlichkeit hat an dem jungen Ruhm des „Egotisme“ nach Kräften mitgeholfen. So wird ein neues Werk aus der Feder des französischen Literarhistorikers Henriot und zahlreicher Mitarbeiter, „Stendhaliana“, auch in Deutschland, wo es eine große Stendhal-Gemeinde gibt, Beachtung finden, um so mehr, als es einige bisher unbekannte menschliche, allzumenschliche Züge Henri Beyles enthüllt.

„Stendhal“, heißt es in diesem Buche, „besaß eine sehr schlechte Handschrift, und er drückte sich, wenn er schrieb, gern in dunklen Rätseln aus. Er besaß den romantischen Aberglauben, wie ihn die Polizei hat, und benutzte in seinen Schriften allerlei Geheimzeichen und Deckworte. So sprach er niemals von Jesuiten; ernannte sie immer „Téjé“. Er läßt uns niemals sein Alter wissen; er deutet es unter einer mathematischen Formel an, die man nur entziffern kann, wenn man eine Quadratwurzel daraus zieht. Wenn er von sich spricht — und er tut das sehr gern und sehr oft, denn er ist ein wenig von sich eingenommen und hat uns daher sehr viel von sich selbst erzählt — leistet er sich mancherlei Phantastereien. Er weist sich gern Rollen zu, die er niemals gespielt hat; so erzählt er uns zum Beispiel, daß er an den Schlachten von Wagram, Marengo und Jena teilgenommen habe. In Wirklichkeit hat er die Schlachtfelder gar nicht gesehen, und er hat es sicher sehr bedauert, denn er erzählt einmal an anderer Stelle, daß es große Ereignisse gebe, an denen ein junger Mensch von einiger Qualität unter allen Umständen teilgenommen haben müsse. Dieses Streben nach Pose und Eindruck ist übrigens nicht nur bei Stendhal zu finden. Chateaubriand, den eine Welt von Stendhal scheidet, neigte ebenfalls zu dichterischer Ausschmückung seiner Lebensgeschichte. Er hat seine Reise nach Jerusalem in herrlicher Darstellung beschrieben. Aber auch sein Kammerdiener hat dieselbe Reise geschildert: und die bescheidene Schrift des einfachen Mannes hat zwar nicht den Vorzug, mit der des Meisters konkurrieren zu können, aber dafür den, der Wahrheit um so näher zu kommen.“

Paul Natorp †. Sonntag ist in Marburg der hervorragende Philosoph und Sozialpädagoge, Professor an der Universität, Paul Natorp, im Alter von 70 Jahren gestorben.

Ein Wunderkind als Maler. In den Kunstkreisen von Moskau erregt zurzeit der fünfzehnjährige Peter Mironow, der als ein künstlerisches Wunder gepriesen wird, allgemeines Aufsehen. Der junge Mann entstammt einer Bauernfamilie aus dem Ural und wurde durch Zufall von einem Ingenieur entdeckt, der dort bei den Eisenbahnbauten beschäftigt ist. Ueberrascht durch die eine Künstlerhand verratenden Zeichnungen, brachte er den Knaben nach Moskau und vertraute ihn zur Ausbildung dem Maler Maliawitsch an. Dieser erklärte, nachdem er ihn kurze Zeit unterrichtet hatte, daß er ihn nichts mehr lehren könne und sandte einige Arbeiten seines Schülers zur Begutachtung nach Paris und London. Der bekannte englische Porträtmaler Orpen hat sich in geradezu begeisterten Ausdrücken über die Bilder des fünfzehnjährigen Malers geäußert.

Die höchste Radiotelephonstation der Welt wird die französische Regierung auf dem Pic du Midi (2877 Meter) einrichten. Die Sender werden eine Stärke von 500 Watt und eine Reichweite von 500 Kilometern haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192408201-18/fragment/page=0008
DFG